



**Protokoll des Einwohnerrats**

---

XII. Legislaturperiode 2016 - 2020

**8. Sitzung vom 26. Juni 2017**

Ort: Kronenmattsaal

Dauer: 19.00 – 22.15 Uhr

---

Leitung: Susanne Tribolet (Präsidentin)

Anwesend: 37 Mitglieder

Entschuldigt: Patrizia Aebi, Bettina Benthaus, Manuela Eichenberger

Verspätet:

---

Präsidentin:

Susanne Tribolet

Protokoll:

Linda Weick

---

## **Begrüssung**

*Einwohnerratspräsidentin Susanne Tribolet, SP* begrüsst die Mitglieder des Gemeinderats, die anwesenden Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte, die Presse, die Schüler und Schülerinnen der Musikschule Binningen-Bottmingen und das Publikum zur letzten Einwohnerratssitzung vor den Sommerferien.

Entschuldigt sind Manuela Eichenberger, Grüne, Patrizia Aebi und Bettina Benthaus, beide SP. Von Seiten der Verwaltung hat sich der Verwaltungsleiter Christian Häfelfinger entschuldigt. Er wird von Bernard Keller, stellvertretender Verwaltungsleiter, vertreten.

## **Mitteilungen der Präsidentin**

An der heutigen Sitzung werden das neue Präsidium und Vizepräsidium des Einwohnerrats für das nächste Amtsjahr gewählt. Diese Wahlen erfolgen schriftlich und geheim. Während der Auszählung der Stimmzettel und während des Fototermins des bisherigen und des neuen Präsidiums wird es Musikbeiträge der Musikschule Binningen-Bottmingen geben. Die Präsidentin bedankt sich bereits im Voraus bei den Musikschülern und der Musikschülerin für ihre Darbietungen.

## **Neue Vorstösse (Tischvorlagen):**

Nr. 51, Anfrage U. Brunner, SVP: Brandanschlag vom Samstag 29.04.2017

Nr. 52, Anfrage St. Appenzeller, SP: Street-Soccer-Anlage beim Schulhaus Neusatz

Nr. 53, Anfrage R. Oberli, SVP: Street-Soccer-Anlage Neusatz

Die Anfragen werden am Ende der Sitzung durch den Gemeinderat beantwortet.

## **Bereinigung der Traktandenliste**

*Einwohnerratspräsidentin Susanne Tribolet, SP* möchte – in Absprache mit den Büromitgliedern – die Aufnahme von drei zusätzlichen Traktanden beliebt machen. Die beiden ersten Traktanden betreffen die Bau- und Planungskommission. Aufgrund des Rücktritts eines ordentlichen und eines stellvertretenden Mitglieds sind Ersatzwahlen nötig. Die Präsidentin schlägt vor, die Ersatzwahlen als Traktandum 4 und 5 auf die Traktandenliste aufzunehmen.

## **ABSTIMMUNG**

Einstimmig JA

://: Die Geschäfte 54 «Ersatzwahl eines Mitglieds in die BPK» und 55 «Ersatzwahl eines stellvertretenden Mitglieds in die BPK» werden neu als Traktanden 4 und 5 behandelt.

---

*Susanne Tribolet, SP* weist darauf hin, dass zudem ein Tischgeschäft des Büros des Einwohnerrats «Kündigung des Aktionärsbindungsvertrags (ABV) betreffend InterGGA AG durch die Gemeinde Binningen: Auftrag an die GRPK» ohne Akten vorliegt. Dieses Geschäft soll ebenfalls auf die Traktandenliste aufgenommen werden.

## **ABSTIMMUNG**

Einstimmig JA

://: Das Geschäft «Kündigung des Aktionärsbindungsvertrags (ABV) betreffend InterGGA AG durch die Gemeinde Binningen: Auftrag an die GRPK» wird in die Traktandenliste aufgenommen und als Traktandum 11 behandelt.

---

Traktandenliste	Geschäft Nr.
1. <b>Genehmigung des Protokolls vom 22.05.2017</b>	
2. Antrag des Gemeinderats vom 06.06.2017 <b>Wahl des Präsidiums des Einwohnerrats</b> für das Amtsjahr 01.07.2017 - 30.06.2018	46
3. Antrag des Gemeinderats vom 06.06.2017 <b>Wahl des Vize-Präsidiums des Einwohnerrats</b> für das Amtsjahr 01.07.2017 - 30.06.2018	47
4. <b>Ersatzwahl eines Mitglieds in die Bau- und Planungskommission</b> für die restliche Amtsperiode bis 30.06.2020	54
5. <b>Ersatzwahl eines stellvertretenden Mitglieds in die Bau- und Planungskommission</b> für die restliche Amtsperiode bis 30.06.2020	55
6. <b>Ersatzwahl eines Mitglieds in den Sekundarschulrat</b> für die restliche Amtsperiode bis 31.07.2020	48
7. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 04.04.2017 <b>Jahresbericht 2016 und Leistungsberichte 2016</b> Geschäftskreisführung: Christoph Anliker <b>Bericht der GRPK zum Jahresbericht und den Leistungsberichten 2016</b>	38 38A
8. Bericht des Gemeinderats vom 30.05.2017 <b>Investitionsausgabe für Abwasserleitungsbau und Strassenerneuerungsarbeiten an Gärtnerstrasse und Schafmattweg</b> Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi	50
9. Bericht / Antrag der Bau- und Planungskommission vom 06.06.2017 <b>Schulraumplanung, Nachtragskredit Provisorien Meiriacker/Mühlematt</b> Geschäftskreisführung: Philippe Meerwein	10
10. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 30.05.2017 <b>Rückständebericht 2017</b> Geschäftskreisführung: Mike Keller	49
11. Antrag des Büros des Einwohnerrats vom 23.06.2017 <b>Kündigung des Aktionärsbindungsvertrags (ABV) betreffend InterGGA AG durch die Gemeinde Binningen: Auftrag an die GRPK (Tischgeschäft)</b>	56

12. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 28.03.2017 118/XI  
**Postulat Ch. Maier, FDP: Schwachstellenanalyse (Einbruch- und Gewaltdelikte)**  
Geschäftskreisführung: Daniel Nyffenegger
13. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 25.04.2017 34/IX  
**Postulat FDP-Fraktion: Kooperation bei der öffentlichen Sicherheit**  
Geschäftskreisführung: Daniel Nyffenegger
14. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 25.04.2017 32  
**Motion S. Abt, SP: Sommerstimmung in Binningen – Buvette auf dem Dorfplatz**  
Geschäftskreisführung: Mike Keller
15. Bericht des Gemeinderats vom 06.06.2017 36  
**Interpellation R. Bänziger, Grüne: Meinungsumschwung des Gemeinderates bezüglich Margarethenstich?**  
Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi
16. **Diversa**

## Traktandum 1

---

### Genehmigung des Protokolls vom 22.05.2017

*Einwohnerratspräsidentin Susanne Tribolet, SP* erläutert, beim Einwohnerratsbüro seien keine Änderungsanträge zum Protokoll eingegangen.

*://:* Das Protokoll wird genehmigt.

---

## Traktandum 2

Nr. 46

### Wahl des Präsidiums des Einwohnerrats

*Christoph Maier, FDP* schlägt namens seiner Fraktion Pascal Treuthardt als neuen Einwohnerratspräsidenten vor.

Intermezzo: Arthur Fünfschilling von der Musikschule Binningen-Bottmingen spielt ein Barock-Allegro und ein Jazzpiece auf der Trompete. Begleitet wird er von Irina Georgieva am Flügel.

#### WAHL

Ausgeteilte Wahlzettel: 37

Eingegangene Wahlzettel: 37

Leer: 1

Ungültig: 1

Gültige Stimmen: 35

Absolutes Mehr: 18

Gewählt ist mit 32 Stimmen: Pascal Treuthardt

Andere: 3

#### BESCHLUSS

---

*://:* Als Präsident gewählt wird Pascal Treuthardt, FDP.

---

*Präsidentin Susanne Tribolet, SP* gratuliert Pascal Treuthardt ganz herzlich zur Wahl als Präsident.

## Traktandum 3

Nr. 47

### Wahl des Vize-Präsidiums des Einwohnerrats

*Andrea Alt, CVP* nominiert Thomas Hafner als neuen Vizepräsidenten. Thomas Hafner ist seit November 2011 Mitglied des Einwohnerrats und gehört damit seit bald 6 Jahren dem Rat an. Er war bis heute 5 Jahre lang Mitglied der BPK. Zudem war er als Fraktionspräsident an der Vorbereitung der Einwohnerratsgeschäfte beteiligt und hat die CVP im vergangenen Jahr im Einwohnerratsbüro vertreten. Beruflich arbeitet Thomas Hafner seit über 20 Jahren als Elektroprojektleiter in einem Elektroingenieurbüro und seit mehr als 10 Jahren vorwiegend für ein grosses Pharmaunternehmen in Basel. Thomas Hafner ist verheiratet und Vater von zwei jungen erwachsenen Kindern.

Intermezzo: Sila Santucci, Violine, ist Mitglied der Klasse für Talentförderung Baselland und spielt ein Stück von Lili Boulanger. Auch sie wird von Irina Georgieva am Flügel begleitet.

#### WAHL

Ausgeteilte Wahlzettel: 37

Eingegangene Wahlzettel: 37

Leer: 1

Ungültig: 1

Gültige Stimmen: 35

Absolutes Mehr: 18

Gewählt ist mit 31 Stimmen: Thomas Hafner

Andere: 4

#### BESCHLUSS

---

://: Als Vizepräsident gewählt wird Thomas Hafner, CVP.

---

*Präsidentin Susanne Tribolet, SP* gratuliert Thomas Hafner ganz herzlich zur Wahl als Vizepräsident. Das bisherige und das neue Präsidium verlassen die Sitzung kurz für einen Fototermin.

Intermezzo: Morris Bader spielt auf der Gitarre eine gekürzte Version des Stücks Asturias von Isaac Albéniz. Er hat letztes Jahr den Schweizer Musikpreis gewonnen.

*Susanne Tribolet, SP* bedankt sich ganz herzlich bei den Musikschülern und der Musiklehrerin für Ihre Auftritte.

#### Traktandum 4

Nr. 54

##### **Ersatzwahl eines Mitglieds in die Bau- und Planungskommission**

*Präsidentin Susanne Tribolet, SP* erklärt, die Ersatzwahl eines Mitglieds in die BPK sei notwendig, da Thomas Hafner als ordentliches Mitglied der Kommission zurückgetreten ist.

*Patricia Bräutigam, CVP* schlägt Andrea Alt als neues Mitglied in die BPK vor.

#### STILLE WAHL

#### BESCHLUSS

---

://: Für die restliche Amtsperiode wird Andrea Alt, CVP, als Mitglied in die BPK gewählt.

---

#### Traktandum 5

Nr. 55

##### **Ersatzwahl eines stellvertretenden Mitglieds in die Bau- und Planungskommission**

*Einwohnerratspräsidentin Susanne Tribolet, SP* führt aus, dass Andrea Alt bisher stellvertretendes Mitglied der BPK war. Aus diesem Grund hat die CVP Anrecht auf ein weiteres Ersatzmitglied.

*Patricia Bräutigam, CVP* nominiert Thomas Hafner als stellvertretendes Mitglied in die BPK.

STILLE WAHL

BESCHLUSS

---

**://:** Für die restliche Amtsperiode wird Thomas Hafner, CVP, als stellvertretendes Mitglied in die BPK gewählt.

---

---

## Traktandum 6

**Nr. 48**

### Ersatzwahl eines Mitglieds in den Sekundarschulrat

*Christoph Maier, FDP* empfiehlt Thomas Häfele als neues Mitglied in den Sekundarschulrat. Die biografischen Angaben zu Thomas Häfele wurden mit den Unterlagen zur heutigen Sitzung verschickt.

STILLE WAHL

BESCHLUSS

---

**://:** Für die restliche Amtsperiode wird Thomas Häfele, FDP, als Mitglied in den Sekundarschulrat gewählt.

---

---

## Traktandum 7

**Nr. 38 und 38A**

### Jahresbericht 2016 und Leistungsberichte 2016

#### Bericht der GRPK zum Jahresbericht und den Leistungsberichten 2016

*GRPK-Präsident Karl J. Heim, CVP* bedankt sich im Namen der GRPK für den ausführlichen, leicht verständlichen und informativen Jahres- und Leistungsbericht 2016. Die Kommission begrüsst es, dass der Gemeinderat seine Sparanstrengungen im Berichtsjahr weiter vorangetrieben hat. Gewisse Sondereffekte haben dazu beigetragen, dass der Gemeinderat eine sehr ausgeglichene Rechnung zur Genehmigung unterbreiten kann. Die geringe Investitionsneigung der Executive gibt ihm aber etwas zu denken. Dies zeigt sich in den ziemlich hohen Rückstellungen von rund 8 Millionen Franken. Der GRPK-Präsident fände die Auskunft interessant, ob sich ein «Pensionskassendebakel» wie im vorliegenden Rechnungsjahr – mit sehr hohen Rückstellungen – auch im nächsten Jahr abzeichnet. Denn Pensionierungen von Lehrkräften und Gemeindeangestellten sind bekanntlich jährlich wiederkehrende freudige Ereignisse. Der vorliegende Bericht wird dem Parlament zum dritten Mal unter HRM2 (Harmonisiertes Rechnungslegungsmodell 2) unterbreitet. Das hat die Prüfung durch die GRPK – und der Votant hofft auch allen anderen Einwohnerräten und Einwohnerrätinnen – erleichtert. Er bedankt sich ganz herzlich und im Speziellen bei Ingrid Haldimann, Abteilungsleiterin Finanzen und Steuern, und dem zuständigen Gemeinderat Christoph Anliker.

### Allgemeine Bemerkungen

Mit Blick auf die Erfolgsrechnung wird das Berichtsjahr mit einem Ertragsüberschuss von 0.1 Mio. Franken abgeschlossen. Das ist sehr erfreulich. Da die Jahresrechnung in der Gesamtverantwortung der Executive liegt, ist es der GRPK aber wichtig, dass der Gemeinderat nebst der konsequenten Weiterführung der HÜP-Massnahmen auch an der Ausgestaltung, Implementierung und Aufrechterhaltung eines internen Kontrollsystems festhält. Dieses Anliegen wurde in den Anträgen der GRPK aufgenommen.

### Rechnungsprüfung durch die GRPK

Die GRPK hat die Rechnung 2016 in ihrer neuen, mittlerweile auch bewährten, Struktur geprüft. Die Subkommissionen G1 – G3 und die Subkommission R haben die zuständigen Gemeinderatsmitglieder zu den Leistungsaufträgen und den in der Rechnung 2016 ausgewiesenen Ergebnissen befragt. Die Subkommission R - unter der Leitung von Christoph Maier - hat die finanzpolitischen Fragen geklärt.

### Geschäftsprüfung durch die GRPK

Die GRPK hat im vergangenen Geschäftsjahr verschiedene Themen vertieft geprüft.

#### - Aufgabenteilung Gemeinderat / Kommunikation

Die neue Zusammensetzung des Gemeinderats hat eine neue Aufgabenteilung bewirkt. Das war im Rahmen der Subkommissionssitzungen ein Thema. Die GRPK hat die Zuständigkeiten in mehreren Sitzungen, zum Teil in Anwesenheit des Gemeindepräsidenten und des Verwaltungsleiters, diskutiert. Seit Januar 2017 ist ein aktualisiertes Gemeinderatsorganigramm auf der Webseite aufgeschaltet. Die Kommunikation zwischen der GRPK und dem Gemeinderat bereitet der Kommission ab und zu ziemliche Mühe. Sie verläuft nicht immer optimal. Der Votant bringt dazu folgendes Bild: Es werden manchmal wie Schützenpanzer fleissig Briefe des Gemeinderats in das Räderwerk der GRPK geschoben. Als ob man im flachen Gelände eine Sperre errichten müsste. Das ändert zwar die taktische Lage, führt aber nicht zu einer Lösung des Konflikts. Viel besser wäre in dieser Situation ein prophylaktisches, vorbeugendes Gespräch. Der GRPK-Präsident möchte damit nicht andeuten, dass die Kommission oder er als Präsident frei von Fehlern wären. Er regt jedoch an, eine andere Gesprächskultur zu finden und diese auch zu pflegen. Das wäre aus seiner Sicht besser, als Briefe hin und her zu schicken. Es gilt: «On a encore bien du pain sur la planche». Oder auf Deutsch: «Es steht noch ein gutes Stück Arbeit vor den Beteiligten». In diesem Kontext ist es die klare Absicht des Redners, die Subkommissionen mit mehr und neuer Verantwortung auszustatten.

#### - Anpassung Gemeindeordnung in Art. 41 (Schuldenbremse)

Das Geschäft wurde am 4. Mai 2015 an die GRPK überwiesen. Die Kommission hat sich intensiv und in enger Zusammenarbeit mit Gemeinderat und Verwaltung damit auseinander gesetzt. Der GRPK-Zwischenbericht inklusive Empfehlungen war am 7. November 2016 im Einwohnerrat. Die entsprechenden Anträge werden jetzt durch den Gemeinderat geprüft.

#### - Definition Leistungsziele

Die Definition der Leistungsziele ist noch eine Baustelle. Viel mehr möchte der GRPK-Präsident dazu nicht sagen. Er zwingt sich aber nicht zu Zweckoptimismus, sondern zu echtem Optimismus und ist zuversichtlich, dass man bis zum Budgetprozess 2019 zu einer für die drei Behörden Einwohnerrat, Gemeinderat und GRPK allseits befriedigenden Lösung kommen kann. Es ist auch als Apell an die Mitglieder des Gemeinderats zu verstehen, die Fragen der GRPK im Geist einer konstruktiven Zusammenarbeit und ohne Ausflüchte zu beantworten. Die GRPK ist eine Aufsichtskommission. Daher ist dies ihr klar definierter Auftrag.

### Abklärung der Subkommissionen

Aus diesem Kapitel möchte der Votant nur einzelne Punkte herausgreifen. Die restlichen Anmerkungen können im Kommissionsbericht nachgelesen werden. Wenn der Gemeinderat schreibt «Irrtümlich wurde der Workshop nicht budgetiert», so ist die Abweichungsbegründung für die Kommission nicht sachgerecht. Es spielt keine Rolle, aus welchem Grund das Budget überschritten wurde. Auch ein Irrtum führt nicht zur Kompetenz, den Budgetbetrag zu überschreiten. Deswegen beantragt die GRPK, dass der



Gemeinderat inskünftig im Anhang zur Rechnung sämtliche Nachtragskredite, einschliesslich Budgetüberschreitungen, ausweist.

- Produktegruppe 5: Bildung

Die Abweisung von insgesamt 40 Anmeldungen von Kindern für den Mittagstisch ist inakzeptabel. Dies insbesondere auch, da man weiss, dass die Elternbeiträge höher sind als an anderen Orten, weil die Gemeindebeiträge in Binningen niedriger sind. Trotzdem wird in Binningen – ohne die genauen Gründe dafür zu kennen – das Angebot Mittagstisch bedeutend stärker genutzt als in vergleichbaren, grossen Gemeinden des Kantons. Der Votant fragt sich, was da wohl falsch läuft.

- Produktegruppe 8: Verkehr, Strassen

Es gibt ein ziemlich kompliziertes Prozedere bei den sogenannten Strassenaufgrabungen. Bei dieser Gelegenheit bedankt sich der GRPK-Präsident bei Kommissionsmitglied und Bauingenieur Daniel Zimmermann für sein hohes Fachwissen. Die GRPK stellt den Antrag, dass eine Qualitätskontrolle im Rahmen der Strassenaufgrabungen stattfindet und durch den Gemeinderat sichergestellt wird.

- Leistungszentrum 1: Personal und Recht / Leistungszentrum 6: Management

Die GRPK nimmt befriedigt zur Kenntnis, dass die Personalkosten 2016 um vier Prozent gesenkt werden konnten, dies dank Effizienzsteigerung und sogenannter Prozessoptimierung.

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

---

## GESCHÄFTSBERATUNG

*Urs Brunner, SVP* bedankt sich beim Gemeinderat und der Verwaltung für den detaillierten Rechnungs- und Leistungsbericht sowie bei der GRPK für die Prüfung und ihren Bericht. Die Rechnung der Gemeinde Binningen weist einen Gewinn von rund 70 000 Franken aus. Ohne Rückstellungen für die Pensionskasse und für die Vorfinanzierung des neuen Primarschulhauses hätte ein Plus von 10.4 Mio. Franken ausgewiesen werden können. Das Ergebnis ist den Steuereinnahmen zu verdanken, die rund 10 Mio. Franken höher ausgefallen sind als budgetiert. Die SVP-Fraktion hat sich angesichts dieses positiven Resultats die Frage gestellt, ob der Gemeindesteuersatz im Dezember 2014 nicht zu früh von 46 auf 48 Prozent erhöht wurde. Zumal auch im Vorjahr einige Millionen Steuereinnahmen mehr generiert werden konnten. Der Entscheid, Rückstellungen für die Pensionskasse zu machen und von der Variante Neubewertungsreserven abzusehen, erachtet die SVP als weitsichtig. Sie wird allen Anträgen der GRPK zustimmen.

*Christoph Maier, FDP* findet, die Rechnung biete Jahr für Jahr eine immer transparentere und bessere Übersicht über die Finanzsituation. Er ist der Ansicht, man könne dem Gemeinderat für die rein formalen Aspekte ein Kränzchen winden. Die Rechnung ist grundsätzlich erfreulich. Sie schliesst mit einem positiven Resultat ab. Hätten keine überraschenden Effekte des Kantons reingespielt, so wäre die Rechnung noch viel besser ausgefallen. Der kleine ausgewiesene Überschuss kommt nur zustande, da bereits ein grosser Betrag in die Vorfinanzierung geleistet wurde. Insofern kam die Gemeinde mit überraschenden Effekten zu einer ganz erfreulichen Rechnung. Im GRPK-Bericht wurden einige Anmerkungen zur Rechnung gemacht insbesondere in Bezug auf Budgetüberschreitungen, die nicht derart transparent dargestellt wurden, wie es sich die Kommission vorgestellt hat. Der Votant möchte aber anmerken, dass die Budgetüberschreitungen die Finanzkompetenz des Gemeinderats nicht überschritten haben. Es handelt sich um eine Anregung, um die Transparenz in Zukunft weiter zu steigern.

Bei dieser positiven Ausgangslage musste sich selbstverständlich auch die FDP die Frage stellen: Ist ein Festhalten am derzeitigen Steuersatz überhaupt noch gerechtfertigt, wenn man Jahr für Jahr solch gute Zahlen präsentiert bekommt? Die Fraktion sieht aber, dass grosse Investitionen auf die Gemeinde zukommen. Die müssen in irgendeiner Art und Weise finanziert werden. Diese Investitionen möchte die FDP lieber vorfinanzieren, als mit Schulden nachzufinanzieren. Das ist der Grund, weshalb sie in diesem Jahr auf einen Antrag zur Steuersenkung verzichtet.

*Karin Glaser, Grüne* berichtet, die GRPK habe in viel Arbeit den Rechnungs- und Leistungsbericht 2016 durchgearbeitet. Die Votantin möchte sich beim GRPK-Präsidenten Karl J. Heim für dessen ehrliche und gute Ausführungen bedanken. Die Grünen haben mit Freude zur Kenntnis genommen, dass die Gemeinde dieses Jahr keinen Verlust ausweist. Die Auswirkungen der Steuererhöhung zeigen scheinbar Wirkung und auch die HÜP-Massnahmen haben gefruchtet. Die Fraktion hofft, dass bei der nächsten HÜP-Überarbeitung nicht noch mehr eingespart wird bei den Sozialleistungen. Insgesamt hält sich die Euphorie der Grünen aber in Grenzen, da noch einige Investitionen anstehen.

*Gaida Löhr, SP* stellt fest, rund um herrsche Freude. Die Zahlen sind hervorragend. Die unerwarteten Steuereinnahmen sind zum Teil einmalig, zum Teil einfach erfreulich und könnten durchaus wiederkehren. Das ist eine gute Nachricht. Auf der Ausgabenseite gab es aber auch unerwartet hohe Ausgaben bei den Pensionen. Dabei handelt es sich nicht nur um Rückstellungen, sondern auch um ganz reale Ausgaben. Diese sind nicht steuerbar, sie müssen einfach bezahlt werden. Etwas anders präsentiert sich die Lage bei den Investitionen. Es ist normal, dass nicht alles, was geplant wurde, auch umgesetzt wird. Aber in den letzten Jahren war die Quote der von den geplanten auch wirklich umgesetzten Investitionen erschreckend niedrig. Sie liegt bei ungefähr einem Drittel und zwar nicht, weil eine der Investitionen nicht mehr nötig war, sondern – diese Auskunft erhielt die Votantin – weil die Ressourcen zur Durchführung der Investitionen in der Gemeinde nicht vorhanden sind. Diese Begründung findet die SP bedenklich und fragt sich, ob man diese Ressourcen nicht relativ bald schaffen müsste. Aus ihrer Sicht lässt die Frage nach dem Bauverwalter grüssen, denn es handelt sich vorwiegend um Bauinvestitionen.

Die Fraktion schliesst sich der Meinung der FDP an, dass Vorfinanzierungen sinnvoller sind als hinterher jahrelang Schulden abtragen zu müssen. Aber die Investitionen sollten getätigt werden. Sonst werden sie ewig aufgeschoben und der Investitionsstau wird immer grösser. Man lebt in Provisorien und hat Gebäude, die nicht bewohnbar sind. Betreffend HÜP stellt sich für die SP nicht die Frage, ob man die Steuern nun sofort wieder senken sollte. Es fragt sich viel mehr, ob all die HÜP-Massnahmen, insbesondere die winzigen, wirklich gerechtfertigt waren. Sie findet es nach wie vor beschämend, dass der Gemeinderat laut Budget eigentlich ohne einen Blumenstraus zu einem 100jährigen Geburtstag gratulieren sollte, da dieser Betrag gestrichen wurde. Sie weiss, dass der Gemeinderat dies nicht macht. Aber er müsste es eigentlich. Die Votantin findet, einige dieser Massnahmen könnte man möglicherweise wieder rückgängig machen. Beim Mittagstisch ist noch ein Postulat hängig. Die SP ist der Meinung, alle, die an einen Mittagstisch möchten, sollten auch hingehen können.

Zum Schluss möchte die Rednerin noch ein Wort zu den Anträgen der GRPK sagen. Sie persönlich empfand die Zusammenarbeit mit dem Gemeinderat und der Verwaltung als gut. Sie möchte sich dafür ausdrücklich bedanken und wird sich nicht allen Kritikpunkten anschliessen. Ein weiterer Punkt des GRPK-Berichts hat sie etwas irritiert. Die Kommission beauftragt seit jeher eine Revisionsfirma, die Rechnung der Gemeinde zu prüfen und Empfehlungen auszusprechen. Die Anträge werden von der Firma überprüft und die GRPK wird darüber in Kenntnis gesetzt. Dass all diese Berichte im Einwohnerrat präsentiert werden, findet die Votantin verwirrend und eigentlich auch überflüssig.

*Patricia Bräutigam, CVP* spricht dem Gemeinderat und der Verwaltung ihren Dank für die Rechnung 2016 und der GRPK für die Prüfung und den ausführlichen Bericht aus. Die Fraktion ist erfreut, dass der Gemeinderat die Sparanstrengungen weiter vorangetrieben hat und dadurch eine ausgeglichene Rechnung präsentieren konnte. Sie wird später noch auf einzelne Punkte zu sprechen kommen. Grundsätzlich unterstützt die CVP aber alle Anträge der GRPK.

*Gemeinderat Christoph Anliker, SVP* erklärt, das tolle Resultat sei primär aufgrund der höheren Steuereinnahmen zustande gekommen. Man hätte auf jeden Fall mehr Steuereinnahmen generiert. Der höhere Steuersatz führte aber dazu, dass man nochmals etwas höhere Steuereinnahmen erzielte als budgetiert. Die Gemeinde hatte das Glück, dass sie aufgrund der Einnahmen die Rückstellungen für die Pensionskasse machen konnte. Es hätte auch die Variante gegeben, die Pensionskasse in der Zukunft über die

Neubewertungsreserven zu finanzieren. Damit ergeben sich jedoch finanzielle Risiken in der Zukunft. Das wollte der Gemeinderat nicht und hat sich daher für die Rückstellungen entschieden. Er präzisiert in diesem Zusammenhang das Votum des GRPK-Präsidenten. Es geht nur um Rückstellungen für die bereits Pensionierten.

Zu den in der Diskussion erwähnten Punkten und Fragen macht der zuständige Gemeinderat folgende Ausführungen: Der Revisionsbericht müsste nicht zwingend im Einwohnerrat präsentiert werden. Der Gemeinderat und die Verwaltung nehmen die Inputs der Revisionsfirma sehr ernst und priorisieren sie hoch. Die GRPK darf den Bericht aber selbstverständlich veröffentlichen. Mit der Rechnung wird ein schönes Ergebnis präsentiert. Er erinnert aber an die Sondereffekte, die man nicht vergessen dürfe. Diese gehen mal hoch, aber auch wieder runter (wie vor einigen Jahren). Man kann deshalb nicht ausschliessen, dass sich die Situation wieder ändert und sollte Sorge dazu tragen. Im Budget wird man sehen, wie die entsprechende Investitionsplanung aussehen und wie die Investitionen finanziert werden können (Vorfinanzierung oder Schulden machen).

## DETAILBERATUNG

### Gesamtüberblick

Keine Wortmeldungen.

### Produktegruppe 1: Einwohnerdienste, Aussenbeziehungen

Keine Wortmeldungen.

### Produktegruppe 2: Finanzen, Steuern

Keine Wortmeldungen.

### Produktegruppe 3: Gesundheit

Keine Wortmeldungen.

### Produktegruppe 4: Kultur, Freizeit und Sport

Keine Wortmeldungen.

### Produktegruppe 5: Bildung

*Andrea Alt, CVP* hat eine Frage zu den Elternbeiträgen. «Die Elternbeiträge für den Mittagstisch und die Nachmittagsbetreuung weichen nicht mehr als +/- 10 % von den Vergleichsgemeinden ab. Ziel nicht erreicht. (Seite 42)» Wieso wurde dieses Ziel nicht erreicht? Wurden die Preise auf das Schuljahr 2017/18 angepasst? Die Votantin fragt sich, ob eine Preisanpassungen gegen unten nicht möglich wäre, wenn die Einsparungen seit der Umstellung laut FEB-Reglement 700 000 Franken betragen.

*Gemeinderat Philippe Meerwein, SP* führt aus, dass das FEB-Reglement vom Einwohnerrat im Jahr 2013 verabschiedet wurde. Darin sind die verschiedenen Beiträge enthalten. Diese wurden seither nicht angepasst. Aus dem Stegreif kann er nicht sagen, ob die Beiträge im Reglement oder in der Verordnung geregelt sind. Falls sie im Reglement festgelegt wurden, wäre es am Einwohnerrat, dies zu ändern. In der Verordnung hätte der Gemeinderat die Kompetenz. Das müsste man noch genau anschauen.

### Produktegruppe 6: Öffentliche Sicherheit

Keine Wortmeldungen.

### Produktegruppe 7: Soziale Dienste

Keine Wortmeldungen.

#### Produktgruppe 8: Verkehr, Strassen

Keine Wortmeldungen.

#### Produktgruppe 9: Versorgung, Umwelt

Keine Wortmeldungen.

#### Produktgruppe 10: Hochbau und Ortsplanung

Keine Wortmeldungen.

#### Leistungszentren 1 bis 6

Keine Wortmeldungen.

#### Personalkennzahlen

Keine Wortmeldungen.

#### Abrechnung direkt beschlossener Investitionen

Keine Wortmeldung.

#### Fonds und Legate

Keine Wortmeldungen.

*Einwohnerratspräsidentin Susanne Tribolet, SP* konnte aus den Voten der Fraktionen schliessen, dass die Anträge 1 bis 9 der GRPK auf grossmehrheitliche Zustimmung stossen. Sie möchte diese Anträge daher in globo zur Abstimmung bringen.

Es gibt keine Einwände gegen das Vorgehen.

#### ABSTIMMUNG

Anträge 1-9: 35 JA / 2 Enthaltungen

Antrag 10: 36 JA / 1 Enthaltung

Antrag 11: einstimmig JA

Antrag 12: einstimmig JA

Antrag 13: einstimmig JA

Antrag 14: einstimmig JA

Antrag 15: einstimmig JA

Antrag 16: einstimmig JA

Antrag 17: einstimmig JA

*Präsidentin Susanne Tribolet, SP* erklärt, gemäss Geschäftsordnung des Einwohnerrats sei bei Antrag 18 keine Abstimmung notwendig, da es sich um eine Kenntnisnahme handelt.

Antrag 19: 36 JA / 1 Enthaltung

#### BESCHLUSS

---

**://:** Folgende Anträge werden genehmigt:

1. Die Leistungsvereinbarungen der Gemeinde Binningen werden durch die Abteilung Finanzen und Steuern (FS) zentral verwaltet und kontrolliert.

2. Der Gemeinderat erfasst alle IKS-Prozesse und definiert die durchzuführenden Kontrollen. Die Kontrollen werden visiert und dokumentiert.
3. Der Gemeinderat ergänzt die «Verordnung über die Finanz-, Unterschriften- und Visumskompetenz der Verwaltung» entsprechend der aktuellen Regelung.
4. Bis Ende 2017 wird ein formalisierter Prozessbeschrieb für Projektabrechnungen mit definierten Kontrollen zur Überwachung und Entscheidungskriterien für einen Baustopp erstellt und umgesetzt.
5. Der Gemeinderat hat inskünftig im Anhang zur Rechnung sämtliche Nachtragskredite, einschliesslich Budgetüberschreitungen, auszuweisen.
6. Der Gemeinderat hat inskünftig in den Rechnungs-Kennzahlen die Alterskategorien der Zu- und Wegzuger auszuweisen (Familien, Senioren (65+)).
7. Die Qualitätskontrolle im Rahmen der Strassenaufgrabungen wird durch die Gemeinde sichergestellt.
8. Der Gemeinderat stellt sicher, dass die Verkehrsmessungen während des ganzen Jahres erfasst werden und fordert die fehlenden Daten beim Kanton ein.
9. Der Gemeinderat weist die von den Werterhaltungsmassnahmen betroffenen Gemeindestrassen im Rahmen der Rechnung (unter PG 8) aus.
10. Die Leistungsberichte werden genehmigt.
11. Die Globalrechnungen mit einem Nettoaufwand von insgesamt 44 993 829 Franken für folgende Produktgruppen werden genehmigt (Zahlen gerundet):
 

- Einwohnerdienste, Aussenbeziehungen	CHF	2 102 940
- Steuern	CHF	989 190
- Gesundheit	CHF	5 930 406
- Kultur, Freizeit, Sport	CHF	3 631 488
- Bildung	CHF	18 879 056
- Öffentliche Sicherheit	CHF	1 025 410
- Soziale Dienste	CHF	7 803 630
- Verkehr, Strassen	CHF	3 044 346
- Versorgung, Umwelt	CHF	1 303 739
- Ortsplanung, Baugesuche	CHF	283 625
12. Die Positionen ausserhalb der Globalbudgets mit einem Nettoertrag von insgesamt 45 066 673 Franken werden genehmigt.
13. Die Laufende Rechnung 2016 mit Aufwendungen von 86 498 232 Franken, Erträgen von 86 571 076 Franken und einem Ertragsüberschuss von 72 844 Franken (gerundet) wird genehmigt.
14. Der Einwohnerrat genehmigt die Einlage in die Vorfinanzierung für Schulraumbauten im Betrag von 4 500 000 Franken.
15. Folgende Abrechnungen über Investitionsausgaben gemäss Aufstellung unter Ziffer 5 werden direkt genehmigt:
  - Ersatzbeschaffung Werkhoffahrzeug im Wert von CHF 162 112.60

16. Ergebnisverwendung  
Der Ertragsüberschuss 2016 von 72 844 Franken wird wie folgt verwendet:  
Verrechnung mit dem Bilanzüberschuss des Eigenkapitals.
17. Die Bilanz 2016 mit Aktiven und Passiven von jeweils 96 869 449 Franken wird gemäss Anhang XI genehmigt.
18. Die Investitionsrechnung 2016 mit Ausgaben von 4 535 882 Franken, Einnahmen von 696 052 Franken und Nettoinvestitionen von 3 839 829 Franken (gerundet) wird zur Kenntnis genommen.
19. Der Soll-Stellenplan Kat. A mit 10 496.92 Stellenprozenten wird genehmigt.

---

## Traktandum 8

Nr. 50

### Investitionsausgabe für Abwasserleitungsbau und Strassenerneuerungsarbeiten an Gärtnerstrasse und Schafmattweg

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

---

#### GESCHÄFTSBERATUNG

*Brigitte Strondl, SP* erläutert, der Generelle Entwässerungsplan sehe vor, das verschmutzte Abwasser mit einem Trennsystem vom sauberen Regenwasser zu trennen und das saubere Wasser direkt in den Birsig zu leiten. Das bereits realisierte Teilstück im Gebiet Fuchsmatten soll nun durch die Gärtnerstrasse und den Schafmattweg bis zum Birsig weitergeführt werden. Die Gärtnerstrasse ist sanierungsbedürftig. Zudem möchte die IWB dort eine Wasserversorgungsleitung erneuern. Somit können diese drei Projekte koordiniert ausgeführt werden, wodurch es zu einer Kostenersparnis kommt. Die SP-Fraktion dankt dem Gemeinderat und der Verwaltung für die verständlichen und ausführlichen Unterlagen zu diesem Projekt und stimmt den Investitionsausgaben zu.

*Beatrice Büscheln, Grüne* spricht der zuständigen Gemeinderätin und der Verwaltung ihren Dank für die informative und verständliche Vorlage aus. Ein Vergleich mit früheren Strassenprojekten in ähnlichem Umfang zeigt auch ähnliche Kosten und ähnliche Kostenteiler. Für den vorgesehenen Arbeitsstart im August 2017 ist die Vorlage zeitlich sehr knapp bemessen. Die Grünen unterstützen die Verwaltung gerne bei diesem Last-Minute-Projekt und bewilligen den Kredit.

*Marc Schinzel, FDP* führt aus, die Vervollständigung der Sauberwasserleitungen im Gebiet Fuchsmatten sei nötig. Die Erneuerung des Belags und der Foundation der Gärtnerstrasse sind in der Vorlage ebenfalls begründet. Die Kostenvoranschläge für beide Projekte sind transparent und plausibel. Die FDP begrüsst, dass die beiden Investitionen als kombiniertes Projekt geplant und ausgeführt werden. Die Fraktion regt zudem an, der Gemeinderat solle für Strassenerneuerungen – im Sinn einer transparenten und längerfristigen Planung – einen Gesamtüberblick über den Zustand der Strassen in der Gemeinde erstellen. Der Votant versteht darunter eine Art Strasseninstandhaltungsstrategie. Welche Erneuerungsarbeiten sind über einen längeren Zeithorizont notwendig und was ist dringlich? Die FDP fände das eine gute Sache. Die Anträge des Gemeinderats unterstützt sie einstimmig.

*Andrea Alt, CVP* legt dar, die CVP werde den beiden Anträgen zustimmen. Sie findet es lobenswert, dass die Chance einer koordinierten Ausführung genutzt wird. Trotzdem stellt sich für sie die Frage, welche

Kosteneinsparungen dadurch generiert werden können. Oder kommt es einfach zu weniger Einschränkungen bei der Verkehrssituation und der Belästigung der Anwohner? Das wäre ja auch lobenswert.

*Urs Weber, SVP* schliesst sich dem Dank seiner Vorredner an. Auch die SVP unterstützt die Anträge des Gemeinderats.

*Gemeinderätin Caroline Rietschi, SP* beantwortet die beiden offenen Fragen gerne. Bei der Kostenreduktion handelt es sich um einen Minimalbetrag, der im konkreten Fall schwierig abzuschätzen ist. Das kombinierte Projekt kommt nur an der Gärtnerstrasse zum Tragen. Sonst wäre die Kostenreduktion höher. Man geht von Erfahrungswerten aus, die man in ähnlichen Projekten gesammelt hat. Die effektiven Einsparungen werden in der Abrechnung ersichtlich sein. Die Anregung der FDP bezüglich eines Index nimmt die Gemeinderätin gerne auf. Grundsätzlich ist dies aber bereits vorhanden. Der Gemeinderat weiss, welche Strassen in welchem Zustand sind und wann sie erneuert werden müssen.

## ABSTIMMUNG

Antrag 1: einstimmig JA

Antrag 2: einstimmig JA

## BESCHLUSS

---

://: 1. Für den Abwasserleitungsbau in der Gärtnerstrasse und dem Schafmattweg wird zu Lasten Konto 7201.5030.13/90100 gemäss Kostenvoranschlag eine Investitionsausgabe von CHF 550 000 (Kostengenauigkeit +/- 10 Prozent) bewilligt.

://: 2. Für Strassenerneuerungsarbeiten an der Gärtnerstrasse wird zu Lasten Konto 6150.5030.XY/80200 gemäss Kostenvoranschlag eine Investitionsausgabe von CHF 270 000 (Kostengenauigkeit +/- 10 Prozent) bewilligt.

---

## Traktandum 9

Nr. 10

### Schulraumplanung, Nachtragskredit Provisorien Meiriacker/Mühlematt

*BPK-Präsident Daniel Zimmermann, FDP* möchte in der inhaltlichen Diskussion zum vorliegenden Bericht der Bau- und Planungskommission zu diesem sehr unerfreulichen Geschäft keine Ergänzungen machen. Alle Fakten und Erkenntnisse können aus dem Bericht entnommen werden und ermöglichen es dem Leser, seine eigene Meinung zu bilden. Die Abklärungen der Kommission waren sehr aufwändig und der Gemeinderat hat sich mit dem von der BPK gewählten Vorgehen schwer getan. Mit ihrem Vorgehen konnte die Kommission im Bericht mit Überzeugung aufzeigen, dass der Gemeinderat in der optimalen Abwicklung dieses grossen Baugeschäfts grossen Handlungsbedarf hat.

Der Einwohnerrat stellt bei Bauvorlagen immer wieder fest, dass die Gemeinde Binningen über ein Projektmanagementhandbuch verfügt, nach welchem die Projekte abgewickelt werden sollten. Die Anwendung dieses Handbuchs wird in der politischen Verantwortung aber scheinbar zu wenig genau kontrolliert. Der Einwohnerrat muss sich daher immer wieder mit Vorlagen beschäftigen, bei denen nicht alles rund gelaufen ist. Die BPK appelliert mit aller Deutlichkeit an den Gemeinderat, sich an die geltenden Spielregeln zu halten und die professionelle Abwicklung von Projekten zu kontrollieren. Binningen hat in den nächsten Jahren viele anspruchsvolle Projekte in Planung und braucht Vertrauen in die verantwortliche Politik. Wenn das Vertrauen nicht vorhanden ist, wird die Entwicklung der Gemeinde stark

ausgebremst und es werden schlechte Voraussetzungen für Bauvorhaben geschaffen. In diesem Sinn empfiehlt der Votant den Anwesenden, den Anträgen der BPK zuzustimmen.

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

---

## GESCHÄFTSBERATUNG

*Brigitte Strondl, SP* teilt mit, der Einwohnerrat habe in seiner Sitzung vom September letzten Jahres mehrere Kreditabrechnungen zur Schulraumplanung genehmigt. Die hohe Kostenüberschreitung von 620 000 Franken, die bei den Provisorien Meiriacker und Mühlematt entstanden ist, wollte der Rat aber nicht einfach so hinnehmen und bat die BPK, zu prüfen wie es dazu kommen konnte. Die BPK hat Gespräche mit Planern und Unternehmern, Mitarbeitenden der Verwaltung, dem zuständigen Gemeinderat und dem Abteilungsleiter Bildung geführt und die Unterlagen studiert. Die Kommission kommt unter anderem zum Schluss, dass die Realisierung der beiden Projekte unter grossem Zeitdruck stand und die Rolle zwischen Besteller und Leistungserbringer nicht klar geregelt war. Die Verantwortlichkeiten und Kompetenzen bei der Projektorganisation sollten bei allen Projekten immer klar geregelt sein. Aufgrund der Kostengrösse war die BPK der Meinung, die Bestellung der beiden Provisorien könne als projektwürdig eingestuft werden und die Verantwortung sollte bei der Abteilung Hochbau liegen.

Im Bericht werden 9 Empfehlungen abgegeben. Damit diese nicht einfach nur Makulatur bleiben, stellt die Kommission den Antrag, die Empfehlungen umzusetzen. Dadurch werden die Empfehlungen zu Forderungen. Der SP-Fraktion gehen die Anträge 2 und 3 zu weit. Sie wird daher Änderungsanträge stellen. Die Votantin selbst wird sich bei der Abstimmung enthalten, da sie als BPK-Mitglied dem Bericht und den Anträgen zugestimmt hat. Nach ihrem heutigen Wissenstand ist sie der Meinung, die BPK, welche nur beratend tätig ist und keine Überprüfungen der Verwaltung vornehmen sollte, war nicht die richtige Kommission für diese Aufgabe. Der Auftrag hätte eigentlich an die GRPK gestellt werden müssen. Es war ein Fehler des Einwohnerrats, das Geschäft an die BPK zu überweisen. Sie findet es erstaunlich, dass der Gemeinderat damals nicht reagierte.

*Thomas Hafner, CVP* stellt fest, der Bericht der BPK liege heute endlich vor. Die CVP ist froh, dass das Geschäft in der BPK eingehend geprüft und beleuchtet wurde. Der Bericht vermittelt deutlich und klar, bei diesem Geschäft ist einiges nicht wunschgemäss und nicht optimal verlaufen. Es ist aus dem Bericht zu entnehmen, dass bei der Abwicklung des Projektes vermeidbare und ärgerliche Fehler gemacht wurden. Die Kommission ist in ihrem Gesamteindruck nicht zufrieden mit der Leistung der Verwaltung und der politischen Führung des Gemeinderats bei diesem Geschäft. Der Gemeinderat sollte die operative Tätigkeit der Verwaltung in Zukunft besser kontrollieren und womöglich auch eingreifen. Der Votant empfiehlt jedem Einwohnerratsmitglied, den gesamten Bericht und nicht nur die Empfehlungen und Anträge auf den letzten beiden Seiten zu lesen, sollte dies nicht bereits geschehen sein. Der Bericht hat die CVP aufgeschreckt. Sie ist mit dieser Art der Planungsabwicklungen nicht einverstanden.

Aus heutiger Erkenntnis würde die Fraktion solche Geschäfte in Zukunft nicht mehr an die BPK überweisen, da das Geschäft weniger eine bautechnische Überprüfung war. Der Redner möchte nicht weiter auf einzelne Vorkommnisse eingehen. Als Hilfe zuhanden des Gemeinderats und der Verwaltung hat die BPK 9 Empfehlungen formuliert, die dazu dienen sollen, bevorstehende Bauten – z.B. das Schulhaus Dorf – besser zu organisieren und ausführen zu lassen. Die Fraktion würde die sinngemässe Aufnahme der Empfehlungen durch den Gemeinderat begrüssen. Es wäre aus ihrer Sicht nicht zielführend, wenn man sich nun über den Wortlaut streitet, auch wenn die Empfehlungen möglicherweise anders formuliert wurden als gewünscht. Die CVP bedankt sich bei der BPK für den ausführlichen Bericht, den sie sehr geschätzt hat. Sie unterstützt alle Empfehlungen und wird allen Anträgen der BPK folgen.

*Beatrix Rheiner, FDP* schliesst sich dem Dank an den BPK-Präsidenten und seine Kommission für die Bearbeitung und Aufarbeitung dieses komplexen Geschäfts und den ausführlichen Bericht an. Das Ge-



schäft beschäftigt den Einwohnerrat seit bald einem Jahr. Die Vorlage hätte eigentlich bereits viel früher vorgelegt werden müssen. Aus dem BPK-Bericht geht deutlich hervor, dass die Provisorien rund 7 Monate zu spät bestellt wurden. Hätte man mehr Zeit für die Planung und Erstellung gehabt, wären vielleicht einige Bau- und Planungsfehler zu vermeiden gewesen. Es darf nicht passieren, dass in solch wichtigen Geschäften nicht nach den Grundlagen des Projektmanagementhandbuchs gearbeitet wird. Da in den nächsten Jahren weitere grosse Projekte und Investitionen anstehen, muss zwingend nach den Vorschriften des Projektmanagementhandbuchs gearbeitet werden. Der korrekte Ablauf bei Bauvorhaben muss vom Gesamtgemeinderat gelebt und die Richtlinien müssen eingehalten werden. Die FDP folgt dem Antrag 1 der BPK und genehmigt den Kredit von 620 000 Franken. Sie unterstützt auch den Antrag 2 vollumfänglich. Die Fraktion verlangt, dass sich der Gemeinderat seiner politischen Verantwortung bewusst ist und mit den Empfehlungen der Kommission seine Rolle in der Ausführung solcher Bauprojekte vollständig wahrnimmt. Auch den Antrag 3 heisst die FDP gut und erwartet mit Spannung den Tätigkeits- und Rechenschaftsbericht bis spätestens im Juni 2018.

*Beatrice Büschlen, Grüne* ist froh, dass die BPK nicht nur die Zahlen sondern auch die Abläufe und Strukturen überprüft hat. Die Grünen bedanken sich für die klare Stellungnahme der Kommission. Alle Fraktionen haben an der Einwohnerratssitzung im September 2016 nicht nur die Überprüfung der Notwendigkeit eines Nachtragskredits verlangt, sondern auch die Überprüfung der Schnittstellen zwischen den Ressorts Bildung und Hochbau und der entsprechenden Organisation (FDP), die Abläufe der beiden Projekte und die Vermeidbarkeit der Nachtragskredite (SP) und den Grund für die Kostenüberschreitungen und die Qualität der Projektplanung (CVP). Dies kann man im damaligen Protokoll nachlesen. Der offensichtliche Handlungsbedarf kommt im vorliegenden Bericht zum Ausdruck. Die Forderungen der Fraktion nach einem Bauverwalter oder für die Verwaltung hilfreiche Strukturverbesserungen hat der Gemeinderat immer negiert. Nun musste der Einwohnerrat das mit einer seiner Kommissionen erledigen und hat sich für die BPK entschieden.

Es ist nicht einfach, Räume für Schüler und Schülerinnen zu planen, die noch gar nicht oder vielleicht nicht mehr da sind. Entweder ist der Raum zu knapp oder man plant und baut auf Vorrat. Beides ist für die Politik nicht akzeptabel. Das ist das eine. Bauvorhaben sind in der Regel nicht ohne Probleme durchzuführen. Eine ordentliche Planung, Koordination und geregelte Abläufe reduzieren Probleme und Fehler massiv und sparen Geld. Das ist das andere. Der vorliegende Bericht mag kritischer oder gar zu kritisch sein. Vielleicht fühlt sich der Gemeinderat auch ungerecht behandelt. Die Grünen würden sich aber wünschen, dass die Empfehlungen ernst genommen werden. Der Bericht zeigt nämlich auch, dass kompetente, flexible und mit grossem Know-how ausgestattete Verwaltungsmitarbeitende in der Gemeinde Binningen tätig sind. Diese Tatsache und verbesserte Strukturen und Abläufe werden für die Gemeinde von grossem Vorteil sein. Die Votantin appelliert, dies endlich zu nutzen. Die Fraktion stimmt allen Anträgen der BPK zu.

*Urs Weber, SVP* gesteht, die meisten Punkte zum umfassenden Bericht der BPK seien bereits von seinen Vorrednern erwähnt worden. Ihm bleibt nicht mehr viel anzufügen. Auch die SVP nimmt zur Kenntnis, dass nicht alles so toll gelaufen ist. Die Fraktion unterstützt die Anträge der Kommission vollumfänglich.

*Stefan Appenzeller, SP* stellt namens der SP-Fraktion zwei Abänderungsanträge. Dies nicht, weil die Fraktion grundsätzlich einer anderen Auffassung ist. Sie stimmt dem Nachtragskredit zu und findet es auch richtig, dass die BPK eine genaue Prüfung vorgenommen hat. Man muss aus diesem Geschäft Lehren ziehen und wo sinnvoll Prozessanpassungen vornehmen. Die SP begrüsst es, dass die BPK Empfehlungen macht. Aber Empfehlungen sind Empfehlungen. Der Votant findet es falsch, wenn man im Antrag aus Empfehlungen Beschlüsse macht, die sofort umzusetzen sind. Das ist das falsche Verfahren, der falsche Ablauf. Die Fraktion möchte dem Gemeinderat die Empfehlungen zuerst überweisen, damit er sich damit auseinandersetzen kann. Der Redner ist überzeugt, dass der Gemeinderat viele Empfehlungen für richtig erachten wird und möglicherweise noch weitere Massnahmen sieht, wie man Verbesserungen für die Zukunft erzielen kann. Das gäbe einen intensiveren Dialog. Die SP möchte sich diese Chance nicht

entgehen lassen. Es würde sie auch interessieren, was der Gemeinderat dazu meint, wenn er Empfehlungen sofort umsetzen muss.

Die Abänderungsanträge der SP lauten wie folgt: Antrag 2 «Der Einwohnerrat nimmt die Empfehlungen im BPK-Bericht (Kapitel 2.3) zur Kenntnis und leitet sie an den Gemeinderat zur Prüfung weiter.» Antrag 3 «Der Gemeinderat berichtet dem Einwohnerrat über die Ergebnisse der Prüfung spätestens innert Jahresfrist und stellt bei Bedarf sich daraus ergebende Anträge.»

*Gemeinderat Philippe Meerwein, SP* ist der Meinung, die BPK zeichne ein relativ schwarzes oder dunkelgraues Bild der Verwaltung und des Gemeinderats. Die Standpunkte sind unterschiedlich. Man redet hier von einem Nachtragskredit für die Provisorien Meiriacker und Mühlematt. Der Auslöser für den Nachtrag waren Fehleinschätzungen. Das hat die BPK so festgestellt und der Gemeinderat trägt diese Feststellung mit. Es waren zum einen der Zeitfaktor – man hätte früher bestellen sollen, dann hätte man weniger Zeitdruck gehabt – und zum anderen Fehleinschätzungen bezüglich Vorabklärungen Geologie und Baustatik. Auch das hat der Gemeinderat anerkannt. In diesen Punkten muss man beim nächsten Projekt sicher besser sein. Die Hauptaussage des Berichts ist, dass die Kosteneinsparung marginal gewesen wäre, wenn man es vorher gewusst hätte. Man hätte das Geld so oder so ausgeben müssen.

Der Gemeinderat und die Verwaltung haben stets korrekt gehandelt, sowohl in der Submission wie auch bei der Kostenkontrolle und den Mehrkosten. Die BPK meint, dort seien Fehler passiert. Diese Fehler sind zumindest dem zuständigen Gemeinderat nicht bekannt. Er bittet um Präzisierungen. Der Gemeinderat ist die Executive. Das heisst aber nicht, dass der Gemeinderat operativ tätig ist. Er ist strategisch politisch unterwegs. Wäre der Gemeinderat operativ tätig, würde er etwas falsch machen. Es kann nicht sein, dass die Mitglieder des Gemeinderats beginnen in der Verwaltung zu arbeiten. Dafür gibt es hoch professionelle Verwaltungsangestellte. Das wurde heute attestiert. Im Bericht heisst es, die Professionalität und die politische Verantwortung könne verbessert werden. Dazu äussert sich der Gemeinderat kritisch. Die Empfehlungen der BPK sind für den Gemeinderat klar einzuhalten, in der Vergangenheit wie auch in der Zukunft. Daran gibt es nichts zu rütteln. Wenn etwas nicht eingehalten wird, wäre es primär an der Verwaltung, das zu kontrollieren. In einem zweiten Schritt, falls die Verwaltung nicht eingreift, würde der Gemeinderat handeln. Der Ball liegt daher oft an einem anderen Ort als man meint.

Bezüglich der Projektzuordnung macht der zuständige Gemeinderat folgende Ausführungen. Wenn ein Projekt zu einem Projekt gemacht wird, heisst das nicht, dass das Projekt von der Abteilung Hochbau und Ortsplanung abgewickelt wird. Die Gemeinde arbeitet nach WOV, daher führt der zuständige Gemeinderat oder die zuständige Gemeinderätin das Geschäft. Im Bereich Bildung ist das der Gemeinderat Bildung. Wenn man das ändern möchte, müsste man das System komplett anpassen. Es ist momentan nicht die Absicht des Gemeinderats, dies zu ändern. Dass die Schnittstellen zwischen der Abteilung Hochbau und Ortsplanung und der Abteilung Bildung gut funktionieren, ist sehr wichtig. Der Votant ist der Meinung, die Abläufe waren klar geregelt. Die Fehler wurden beschrieben. Der Zeitfaktor, die zu späte Bestellung und die Nichtausführung von zwei Punkten haben die Mehrkosten generiert und nicht organisatorische Geschichten. Andernfalls müsste die BPK die Probleme nochmals klar aufzeigen. Der Gemeinderat sieht diese Probleme nicht. Bei der Anhörung wurde der Votant nur punktuell befragt und konnte die Verhandlungen nicht mitverfolgen. Er weiss nicht, was mit der Verwaltung oder den Externen diskutiert wurde und befindet sich daher gewissermassen in einer Blackbox. Falls die BPK im Nachgang gewisse Punkte präzisieren möchte, soll sie das gerne tun.

*Marc Schinzel, FDP* hat noch eine Frage an den zuständigen Gemeinderat. Ein ganz zentraler Punkt im vorliegenden Bericht sind die 7 Monate Verzögerung bei der Auslösung der Bestellung. Es wird relativ klar und nach Erachten des Votanten auch plausibel aufgezeigt, dass die Missstände möglicherweise nicht eingetreten wären, wenn man diese 7 Monate mehr gehabt hätte. Man musste unter einem zeitlichen Druck arbeiten. Das wurde bereits bei der Bewilligung des ursprünglichen Kredits vom Einwohnerrat bemängelt.

*Gemeinderat Philippe Meerwein, SP* betont, die im Bericht erwähnten 7 Monate seien die Sichtweise der BPK. Für den Gemeinderat liefen immer alle Projekte parallel. Man könnte auch sagen, man hätte 3 Jahre im Voraus bestellen können. Die Bestellung wurde nicht von den im Bericht erwähnten Terminen abhängig gemacht. Es handelte sich um eine Fehleinschätzung, die der Gemeinderat in der Erwähnung der Mehrkosten dargelegt hat. Bisher wurden jedes Jahr Provisorien aufgestellt und diese konnten jeweils innerhalb eines Jahres abgewickelt werden. Im vorliegenden Fall wurden die Grössenordnung und die Probleme, die auftauchen können, unterschätzt. Das war ein Fehler.

*Daniel Zimmermann, FDP* möchte eine Präzisierung zu den 7 Monaten anbringen. Die BPK hat aufgrund der Unterlagen, die ihr vorlagen, festgestellt, dass man die Bestellung ab dem Zeitpunkt, als dem Einwohnerrat die demografische Entwicklung der Gemeinde Binningen zur Kenntnisnahme vorgelegt wurde, hätte machen können. Das sind die 7 Monate. Die Kommission ist nach wie vor der Meinung, man hätte ab diesem Zeitpunkt und mit den Zahlen aus dem Geschäft seriös bestellen können.

## ABSTIMMUNG

Antrag 1: einstimmig JA

*Einwohnerratspräsidentin Susanne Tribolet, SP* stellt den Gegenantrag der SP zur Abstimmung. Dieser lautet: «Der Einwohnerrat nimmt die Empfehlungen im BPK-Bericht (Kapitel 2.3) zur Kenntnis und leitet sie an den Gemeinderat zur Prüfung weiter.»

Änderungsantrag der SP zu Antrag 2: 9 JA / 26 Nein / 2 Enthaltungen  
Antrag 2 der BPK: 27 JA / 1 Nein / 9 Enthaltungen

Die SP zieht ihren Gegenantrag zu Antrag 3 der BPK zurück, da dieser nach Ablehnung des ersten Änderungsantrags keinen Sinn mehr macht.

Antrag 3: 33 JA / 4 Enthaltungen

## BESCHLUSS

---

- ://: 1. Der Nachtragskredit über CHF 620 000 für die Errichtung von Provisorien an den Schulstandorten Meiriacker und Mühlematt wird genehmigt.
  - ://: 2. Die Empfehlungen im BPK-Bericht (Kapitel 2.3) werden ab sofort umgesetzt.
  - ://: 3. Dem Einwohnerrat ist aufgrund der politischen Erkenntnisse zu diesem Geschäft Nr. 10 und der Umsetzung der Empfehlungen der BPK innert 1 Jahr ein Tätigkeits- resp. Rechenschaftsbericht zu den umgesetzten Verbesserungen vorzulegen.
- 

## Traktandum 10

Nr. 49

### Rückständebericht 2017

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

---

## GESCHÄFTSBERATUNG

*Gaida Löhr, SP* erinnert daran, der Einwohnerrat habe letztes Jahr geäussert, er wolle keine Geschäfte im Rahmen des Rückständeberichts zur direkten Abschreibung vorgelegt bekommen. Der Gemeinderat hat das umgesetzt. Dafür bedankt sie sich. Die Votantin fände es toll, wenn es nun auch möglich wäre, dass es keine über drei Amtsperioden hängigen Geschäfte mehr gäbe. Sie weiss aber, dass die Einwohnerräte und Einwohnerrätinnen selbst einen Teil der Geschäfte stehen lassen möchten, damit diese weiterbearbeitet werden. Es gibt aber auch einige Geschäfte, die man langsam erledigen könnte.

*Sven Inäbniit, FDP* möchte sich dem Dank an den Gemeinderat für die Verbesserung des Rückständeberichts anschliessen. Einerseits ist nun klar, dass der Einwohnerrat einen Statusbericht zur Kenntnisnahme vorgelegt erhält, andererseits wurde letztes Jahr moniert, dass inhaltlich nichts Aussagekräftiges geschrieben wurde. Im diesjährigen Rückständebericht gibt es zu allen Vorstössen eine aktuelle Übersicht. Das ist eine deutliche Verbesserung mit einem deutlich besseren Informationsgehalt. Dafür bedankt sich der Votant recht herzlich.

#### Postulat CVP: Mitsprache der Gemeinde Binningen am baselstädtischen Projekt «Gundeli-Tunnel»

Die FDP ist der Meinung, dass diesem Postulat nach wie vor grosse Aufmerksamkeit geschenkt werden muss. Es besteht die Befürchtung, dass die Gemeinde Binningen im Bermudadreieck zwischen Basel-Land, Basel-Stadt und Bund untergeht. Vor der Haustür Binningens passiert etliches. Im Moment gibt es eine grosse Baustelle. In Zukunft gibt es vielleicht gar nie eine Baustelle oder eine noch viel grössere. Daraus entsteht Verkehr und die Situation ist ziemlich unübersichtlich. Der FDP ist klar, dass verschiedene Interessen im Spiel sind. Das Votum ist als Apell und Rückendeckung für den Gemeinderat zu verstehen, sich mit allen Mitteln einzubringen, um die Interessen Binningens vor den Toren der Gemeinde zu sichern. Der Redner weiss, das ist nicht einfach. Es sind gegenläufige Interessen und Unklarheiten im Spiel. Die Fraktion wäre aber froh, wenn sich der Gemeinderat in dieser Sache nach wie vor stark einsetzen könnte. Das Postulat wird wahrscheinlich eines derer sein, die etwas länger auf der Liste bleiben.

#### Motion FDP: Kein Durchgangsverkehr auf der Benkenstrasse und Motion SVP: Beidseitiges Fahrverbot an der oberen Benkenstrasse

Hier würde es die Fraktion interessieren, wie die Zeitachse in diesen Geschäften aussieht. Im Bericht wird darauf verwiesen, dass man eine zweijährige Versuchsphase starten wird. Wann wäre das zeitlich angedacht?

*Anand Jagtap, Grüne* hat mit Freude zur Kenntnis genommen, dass keine Abschreibungsanträge im Rückständebericht 2017 vorhanden sind. Die Grünen möchte den Gemeinderat motivieren, hängige Vorstösse – insbesondere, wenn sie eine etwas grössere Tragweite haben – vermehrt als Rückenwind für die Zukunft zu nutzen und die pendenten Vorstösse auch so zu verstehen.

#### Motion FDP: Kein Durchgangsverkehr auf der Benkenstrasse und Motion SVP: Beidseitiges Fahrverbot an der oberen Benkenstrasse

Die Fraktion hat ebenfalls eine Frage zu diesen beiden Vorstössen. Im Bericht ist die Rede von einem neuen Vorschlag. Was ist darunter zu verstehen?

*Gemeinderätin Caroline Rietschi, SP* bezieht zu beiden Punkten gerne kurz Stellung. Sie versichert den Einwohnerräten und Einwohnerrätinnen, dass die Gemeinde ihre Interessen beim «Gundeli-Tunnel» einbringt. Erst vor 2-3 Wochen fand gemeinsam mit der Gemeinde Allschwil ein Gespräch beim Kanton statt, in welchem der Gemeinderat sehr darauf gepocht hat, dass nichts an der Gemeinde vorbei geplant wird. Es ist aber auch eine Tatsache, dass der Kanton Basel-Landschaft noch weit von der Klärung des Zubringers Allschwil entfernt ist. Wie in der Zeitung zu lesen war, ist der Tunnel für den Kanton Basel-Stadt nicht prioritär solange der Zubringer Allschwil nicht geklärt ist. Und dort sind noch einige Fragen offen. Der Gemeinderat hat aber klar deponiert – und die zuständige Gemeinderätin hatte den Eindruck, dass dies beim Kanton verstanden wurde –, dass man nichts planen kann, ohne Binningen einzu-

beziehen. Der Gemeinderat wird laufend informiert, wenn es etwas Neues gibt. Sie ist sehr froh, dass der Gemeinderat diesbezüglich die Rückendeckung des Einwohnerrats und der Bevölkerung hat.

Bei der Benkenstrasse lag ein Vorschlag auf dem Tisch, der einen gegenseitigen Zubringerdienst vorsah. Man hätte sich gegenseitige Polizeikontrollen zugestanden, um sicherzustellen, dass der Durchgangsverkehr aufhört und es sich lediglich um einen Zubringerdienst handelt. Diese Lösung wurde mit der Gemeinde Bottmingen vereinbart. Die Vertreter der IG Benkenstrasse haben in einem ersten Schritt ihre Zustimmung zum Vorschlag signalisiert, diese aber wieder zurückgezogen. Deswegen wird nun nochmals evaluiert, ob es einen alternativen Vorschlag geben soll oder ob man beim Einwohnerrat eine zweijährige Versuchsphase beantragen will.

*Sven Inäbnit, FDP* fragt sich, ob die IG Benkenstrasse ein Vetorecht bei der Gemeinde hat.

*Gemeinderätin Caroline Rietschi, SP* erwidert, die IG Benkenstrasse habe natürlich kein formales Vetorecht. Der Gemeinderat versucht jedoch immer, mit den Direktbetroffenen eine Lösung zu finden. Das war auch hier die Idee. Es gibt zudem die beiden Motionen, die die Anliegen der IG Benkenstrasse grundsätzlich unterstützen. Es ist für den Gemeinderat unklar, ob man sich im Einwohnerrat auf eine andere Lösung einigen könnte, wenn bereits die IG Benkenstrasse den Vorschlag ablehnt. Diese Überlegungen und das weitere Vorgehen werden zurzeit evaluiert.

*Einwohnerratspräsidentin Susanne Tribolet, SP* erklärt, gemäss Paragraph 47 der Geschäftsordnung des Einwohnerrats erfolgt bei Kenntnisnahmen durch den Einwohnerrat keine Abstimmung.

## BESCHLUSS

---

://: Der Rückständebericht 2017 wird zur Kenntnis genommen.

---

## Traktandum 11

Nr. 56

### **Kündigung des Aktionärsbindungsvertrags (ABV) betreffend InterGGA AG durch die Gemeinde Binningen: Auftrag an die GRPK (Tischgeschäft)**

Wegen Befangenheit ist Philippe Spitz, SP, in den Ausstand getreten.

*Präsidentin Susanne Tribolet, SP* kommt zum Tischgeschäft, welches den Einwohnerratsmitgliedern in ausgedruckter Form vorliegt. In der letzten Büro-Sitzung vom 23. Juni 2017 hat das Einwohnerratsbüro beschlossen, dass es dem Einwohnerrat den vorliegenden Antrag stellen wird. Die GRPK soll die Kündigung des Aktionärsbindungsvertrags betreffend InterGGA AG durch die Gemeinde Binningen prüfen und den Einwohnerrat anschliessend über ihre Erkenntnisse informieren. Das Büro war der Meinung, dass das Thema an der heutigen Einwohnerratsitzung nicht vertieft diskutiert werden soll. Man möchte aber einen offiziellen Auftrag an die GRPK geben.

*Thomas Hafner, CVP* macht es kurz. Die CVP wird dem Antrag auf Überweisung in die GRPK zustimmen.

*Christoph Maier, FDP* teilt mit, er könne nicht für die Fraktion reden, da es sich um eine Tischvorlage handelt. Er persönlich begrüsst die Möglichkeit, dass die GRPK Einsicht in das Geschäft erhält und vertiefte Abklärungen vornehmen kann. Es ist eine sachgerechte Art und Weise, wie der Einwohnerrat mit dieser Thematik umgehen kann.

*Gemeinderätin Caroline Rietschi, SP* ist überzeugt, die Überprüfung werde zur Klärung und Akzeptanz des heutigen Zustands und der Entscheide beitragen. Aus ihrer Sicht ist es ein sehr gutes Vorgehen, das sie begrüsst.

## ABSTIMMUNG

35 JA / 1 Enthaltung

## BESCHLUSS

---

**://:** Die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission wird beauftragt, die Vorkommnisse im Zusammenhang mit der ausserordentlichen Kündigung des Aktionärsbindungsvertrags (ABV) betreffend InterGGA AG durch die Gemeinde Binningen per 01.12.2014 und dem aussergerichtlichen Vergleich zwischen der Gemeinde Binningen und den übrigen Gemeinden mit ABV (gemäss Medienmitteilung vom 12.06.2017) zu prüfen und dem Einwohnerrat Bericht zu erstatten.

---

## Traktandum 12

**Nr. 118/XI**

### **Postulat Ch. Maier, FDP: Schwachstellenanalyse (Einbruch- und Gewaltdelikte)**

*Christoph Maier, FDP* weist darauf hin, der Einwohnerrat habe gerade den Rückständebericht zur Kenntnis genommen. Es wäre aus seiner Sicht besser gewesen, diesen Bericht nach der Behandlung der nächsten beiden Geschäfte zu traktandieren, dann hätte man einige Vorstösse gleich abschreiben können. Grundsätzlich wehrt sich die FDP nicht gegen die Abschreibung des Postulats. Der Votant möchte aber nochmals zum Ausdruck bringen, dass sie das mit grossem Bedauern machen. Das Anliegen des Postulats – ein gleichlautendes Postulat wurde auch im Landrat gestellt – konnte nicht berücksichtigt werden. Die Zusammenarbeit, welche sich die Partei gewünscht hat, um die Sicherheit in der Gemeinde zu erhöhen, soll nicht möglich sein. Es hätte bedingt, dass die Kantonspolizei offen mit der Gemeindepolizei kommuniziert, das heisst auch ihre Erkenntnisse über die Prognosen der Kriminalitätswahrscheinlichkeiten teilt. Diese Zusammenarbeit wird von Seiten des Kantons abgelehnt. Alle Bemühungen der Gemeinde dies zu ändern, haben nicht gefruchtet. Das ist ein grosses Armutszeugnis. Die Fraktion bedauert, dass sie mit ihrem Anliegen auf dem politischen Weg nicht durchdringen konnte. In anderen Kantonen, wie z.B. dem Kanton Zürich, ist das anders. Dort finden die künstlichen Barrieren zwischen den einzelnen Polizeikorps nicht statt. Nur im Kanton Basel-Landschaft sind die Kompetenzabgrenzungen offenbar wichtiger als die Zusammenarbeit.

*Karl J. Heim, CVP* informiert die Anwesenden, die CVP stimme dem Antrag auf Abschreibung nach Einsicht in die ausführlichen Unterlagen, die dem Geschäft beilagen, zu.

*Ralph Büchelin, SP* hält fest, das Postulat sei am 24. September 2015 im Landrat behandelt und abgeschrieben worden. Somit könne die SP-Fraktion dem Antrag des Gemeinderats auf Abschreibung folgen.

*Anand Jagtap, Grüne* konnte den Unterlagen entnehmen, dass es scheinbar hoffnungslos ist, in dieser Thematik weiterzukommen. Die Fraktion war erstaunt, welche Hartnäckigkeit der Gemeinderat und die Verwaltung an den Tag gelegt haben, um den Forderungen des Postulats Punkt für Punkt nachzukommen. Dafür möchte sie sich herzlich bedanken. Die Grünen sind aufgrund des Ergebnisses bereit, der Abschreibung zuzustimmen.

*Urs Brunner, SVP* führt aus, im revidierten Polizeigesetz seien die Kompetenzen zwischen der Gemeindepolizei und der Kantonspolizei klar geregelt. Die SVP folgt dem Antrag des Gemeinderats.

## ABSTIMMUNG

Abschreibung: Einstimmig JA

## BESCHLUSS

---

://: Das Postulat wird abgeschrieben.

---

## Traktandum 13

Nr. 34/IX

### Postulat FDP-Fraktion: Kooperation bei der öffentlichen Sicherheit

*Sven Inäbnit, FDP* kommt sich wie ein Erbverwalter oder ein Sachwalter eines langjährigen Erbes vor, das seine Fraktion in den Einwohnerrat getragen und am Leben erhalten hat. Er ist der Meinung, die Stunde des Todes dieses Postulats aus dem Jahr 2004 sei langsam gekommen. Da der Vorstoss eine solch ehrwürdige alte Dame ist, erlaubt er sich noch einige Bemerkungen.

Was wurde erreicht? Im Bereich Zivilschutz wurde die Zivilschutzorganisation Leimental aufgebaut. In dieser Beziehung wurde das Maximum erreicht. Bei der Feuerwehr wurden etliche Verbesserungen in der Zusammenarbeit umgesetzt. Die Fraktion ist aber noch nicht ganz glücklich. Sie weiss, dass auch seitens des Kantons Überlegungen im Spiel sind. Aufgrund der Erfahrungen in den letzten Jahren gibt es in Binningen wahrscheinlich nicht mehr wahnsinnig viel Feuer für eine weitere Zusammenarbeit mit den anderen Gemeinden, die zum Teil andere Kooperationen eingegangen sind. Das waren die beiden Hauptgebiete, die im Postulat aufgeführt wurden. Man hat aber, nicht zuletzt da der Einwohnerrat den Vorstoss lange nicht abgeschrieben hat, weitere Kooperationen im Bereich Gemeindepolizei gesucht. Im Bericht des Gemeinderats ist beschrieben, was mit der Gemeinde Allschwil realisiert wurde. Die FDP dankt dem zuständigen Gemeinderat Daniel Nyffenegger für die Anstrengungen in den letzten vier Jahren, um dort einen Schritt weiter zu kommen. Die Partei ist der Meinung, die Forderung nach Zusammenarbeit sei immer da und werde auch weiter bestehen. Aus ihrer Sicht soll das Postulat mit dem Erreichten abgeschrieben werden. Wenn die FDP in Zukunft Potential sieht und der Gemeinderat schätzt dies anders ein als der Einwohnerrat, wäre wieder ein punktueller Vorstoss in der einen oder anderen Sache möglich.

*Karl J. Heim, CVP* bedankt sich bei Sven Inäbnit für die jüngsten Ausführungen. Die CVP stimmt dem Antrag des Gemeinderats zu.

*Ralph Büchelin, SP* erläutert, das Postulat «Kooperation bei der öffentlichen Sicherheit» von Markus Ziegler, FDP, sei seit Dezember 2004 pendent. Also seit fast 13 Jahren. Mittlerweile ist die Zusammenarbeit grösstenteils umgesetzt und der Vorstoss kann auch von der SP-Fraktion als erledigt abgeschrieben werden. Der Votant merkt an, im Bericht des Gemeinderats sei auch die Gemeindepolizei aufgeführt. Die Zusammenarbeit in diesem Bereich wurde im Postulat aber gar nicht verlangt.

*Urs Brunner, SVP* teilt mit, auch die SVP sei für Abschreibung des Postulats.

*Anand Jagtap, Grüne* schliesst sich den Vorrednern an. In den letzten 13 Jahren konnten in diesem Bereich zahlreiche Schritte gemacht werden und die Grünen stimmen der Abschreibung zu.

## ABSTIMMUNG

Abschreibung: Einstimmig JA

## BESCHLUSS

---

://: Das Postulat wird als erledigt abgeschrieben.

---

### Traktandum 14

Nr. 32

#### **Motion S. Abt, SP: Sommerstimmung in Binningen – Buvette auf dem Dorfplatz**

*Simone Abt, SP* freut sich, dass das Geschäft heute noch behandelt wird. Sie hatte bereits befürchtet, dass wegen des Apéros keine Zeit mehr bleibt für den Vorstoss zur Buvette. Sie dankt dem Gemeinderat für die wohlwollende Aufnahme des Vorstosses, der als Postulat entgegengenommen werden würde. Der Zweck ist die Belebung des Dorfplatzes mit einem kleinen niederschweligen Angebot im Sommer. Das Postulat wurde im Februar eingereicht, die Dringlichkeit wurde damals abgelehnt. Die Motionärin möchte daher das Datum im Vorstoss korrigieren. Anstelle von «[...] im Sommer 2017 [...]» soll es heissen: «[...] jeweils im Sommer [...]».

Mittlerweile ist der Vorstoss seit mehreren Sitzungen jeweils am Ende der Traktandenliste vorgesehen. Leider kommt der Einwohnerrat aufgrund seiner Diskussionsfreudigkeit relativ selten bis zum letzten Traktandum. Dafür hatte man Zeit, den Vorstoss von allen Seiten zu beleuchten. Die Votantin fand es interessant, welche Gefahren und Befürchtungen in einen offen formulierten, niederschweligen Vorstoss gepackt wurden. Sie hörte beispielsweise, ein weiteres Restaurant in Binningen brauche es nicht. Dem stimmt sie zu. Aber darum geht es nicht. Die SP möchte keine Konkurrenzierung des Gastgewerbes. Es soll niemand abgeworben werden, der sonst im Schlüssel, im Baselbieter, im Lentille oder im Suter-Begg sitzen würde. Es soll vielmehr eine Gelegenheit für die Personen sein, die auf dem Dorfplatz stehen (z.B. Mütter mit Kindern) und nicht in einem umliegenden Restaurant sitzen würden, da sie beispielsweise die Kinder beaufsichtigen. Es geht um eine Ergänzung und nicht um eine Umverteilung. Weiter vernahm die Rednerin, die Gemeinde solle keinen Gastrobetrieb betreiben. Das soll sie nicht, aber es wäre eine Buvette auf der Allmend. Die Gemeinde könnte darüber nachdenken, was Sinn machen würde und dies ausschreiben. Das kann nach Ansicht der Rednerin eine einfache Getränkeverkaufsstelle auf Rädern oder ein Stand mit einigen Bänken sein. Sie hat auch gehört, man solle nichts bauen, da der Dorfplatz im Rahmen der Schulhausneugestaltung ohnehin bald umgebaut werde. Auch damit ist die Motionärin völlig einverstanden. Es geht um einen Stand in der Grössenordnung des Poulet-Stands am Dorfeingang. Ihr geht es nicht um ein normales Festtagsangebot, wie es die Vereine mit einer Allmendbewilligung jederzeit bereitstellen können, sondern um ein saisonal vorhandenes Angebot.

Die Votantin freut sich, dass der Gemeinderat den Vorstoss als Postulat entgegen nehmen würde. Das heisst, dass die Idee angekommen ist. Möglicherweise ist es aber aufgrund der Prüfung und des Berichts des Gemeinderats nicht unbedingt notwendig, nochmals über das Geschäft zu beraten. Der Vorstoss ist offen formuliert, viele Optionen sind möglich. Der Gemeinderat hat einen guten Spielraum. Die Rednerin möchte vorerst an der Motion festhalten und sich die Meinungen der Fraktionen anhören.

*Thomas Häfele, FDP* erklärt, eine Buvette sei nach Duden und im französischen Sprachgebrauch eine kleine Weinstube. Die Motion definiert nicht, was das gewünschte Angebot bieten soll. Ist damit ein dauerhafter Restaurationsbetrieb, ein provisorischer Container oder nur ein Getränkeautomat gemeint?



Zudem wird keinerlei Nachweis über ein effektiv vorhandenes Bedürfnis in der Bevölkerung erbracht. Innerhalb eines 200 Meter Radius vom geforderten Standort befinden sich zwei Grossverteiler, zwei Bäckereien, ein Kiosk sowie eine Bodega – das spanische Pendant einer Buvette. Im gleichen Rayon stehen des Weiteren mindestens 6 Restaurants oder Cafés, teilweise mit Gartenterrasse. Jeder Einwohner, der das Bedürfnis nach einer Erfrischung hat, kann seinen Bedarf bereits heute problemlos decken. Ein zusätzliches Angebot steht in direkter Konkurrenz zu den bestehenden Dienstleistern und Restaurationsbetrieben. Die F- und G-Junioren des SC Binningens, bei welchen die Eltern die Kindern normalerweise noch bringen, trainieren werktags zwischen 17.00 und 18.30 Uhr. Tagsüber, am Wochenende und während der Schulferien sind keine Eltern vorhanden. Gemäss Anfrage der FDP besteht bei den betroffenen Kreisen kein Bedarf für ein erweitertes Gastroangebot.

In der Stadt Basel gibt es per Sommer 2017 insgesamt 9 Buvetten, 8 davon mit Sicht auf den Rhein und eine mit Aussicht über die Heuwaage. Basel-Stadt hat zweifellos eine gewisse Kompetenz und Erfahrung im Betrieb von Buvetten. Die Ausschreibung für den Betrieb der neuen Buvetten durch das Tiefbauamt Basel-Stadt erfolgte mindestens 12 Monate im Voraus, d.h. im März 2016 für den Sommer 2017. Die Motion für den Betrieb einer Buvette im Sommer 2017 war daher bereits im Februar völlig unrealistisch und nicht umsetzbar. Die FDP anerkennt die Originalität der Idee der SP-Fraktion. Allerdings fehlt ihr das Verständnis für die Relevanz des Anliegens. Sie würde es begrüessen, wenn sich die SP auf politisch relevante Themen fokussieren und den Einwohnerrat und die Behörde nicht unnötig beschäftigen würde. Im Februar gab es bereits einen spannenden Artikel in der BaZ mit der Schlagzeile «Das Alkoholproblem der Binner Sozialdemokraten». Der Votant möchte sich die Schlagzeile nicht vorstellen, wenn der Einwohnerrat eine Weinstube auf den Pausenplatz eines Schulhauses stellen würde. Die FDP ist der Ansicht, dass es nicht Aufgabe der Gemeinde ist, ein Gastronomieangebot auf dem Dorfplatz zu betreiben. Die Motionäre der SP und andere interessierte Kreise haben bereits heute die unternehmerische Freiheit, ein Gesuch für den Betrieb einer Buvette an die Gemeinde zu stellen und sich um die notwendigen Bewilligungen zu kümmern. Die FDP-Fraktion wird die Motion nicht überweisen.

*Thomas Hafner, CVP* findet den vorliegenden Vorstoss gut. Der Gemeinderat soll eine Abklärung über die Machbarkeit und die Realisierung einer Buvette auf dem Dorfplatz prüfen. Die Prüfung soll schlussendlich zeigen, ob eine Buvette einem Bedürfnis eines Teils der Binner Bevölkerung entspräche, ob grundsätzlich ein Interesse durch einen möglichen Buvettebetreiber bestehe und ob ein möglicher Interessent bereit wäre, unter den Rahmenbedingungen eine Buvette auf eigene Kosten und selbsttragend zu betreiben. Es sollen auch mögliche Massnahmen, wie der Abfall verringert und eventueller Lärm zu später Nachtstunde eingedämmt werden kann, geprüft werden. Die CVP nimmt gerne zur Kenntnis, dass der Gemeinderat grundsätzlich bereit wäre, eine Machbarkeit und Realisierung zu prüfen. Die Fraktion wird die Motion – oder bei einer Umwandlung auch das Postulat – überweisen.

*Gaida Löhr, SP* möchte auf das Votum der FDP reagieren. Die SP dachte bei einer Buvette nicht an eine Bodega oder eine Weinstube. Das ergibt sich wahrscheinlich auch bis zu einem gewissen Grad aus dem Postulatstext. Der Fokus liegt auf den Personen, die sich auf dem Dorfplatz aufhalten, insbesondere auf den Müttern, die ihren Kindern beim Fussball spielen zuschauen oder auf ihre Kinder warten, die in einer Kurztherapie im Familienzentrum oder in einer Musikstunde sind. Dort wäre das Bedürfnis sicher noch abzuklären, ob es zu anderen Zeiten offen sein soll oder nicht. Sie findet es etwas polemisch, wenn die FDP behauptet, die Fraktion wolle eine Weinstube kreieren.

Seit die Votantin in Binningen ist, überlegt man sich, wie der Dorfplatz belebt werden könnte. Er ist inzwischen etwas belebter als auch schon. Es gab ganz verrückte Ideen mit Geschäften und Arkaden. Nun kommt ein bescheidener Vorschlag für etwas mehr Leben auf dem Dorfplatz. Sie ist der Ansicht, man müsse ihrer Fraktion nun nicht den Vorwurf machen, sie würde sich mit irrelevanten Vorstössen hervortun. Es handelt sich eigentlich um ein Uranliegen dieser Gemeinde, die kein Dorfzentrum hat und in der man immer das Ziel hatte, den Dorfplatz zu beleben.

*Karin Glaser, Grüne* ist überzeugt, dass dies nicht Sache des Gemeinderats ist. Der Gemeinderat hat andere Aufgaben zu bewältigen, als die Prüfung der Notwendigkeit einer Buvette. Jeder der das Bedürfnis nach einer Buvette, einem Getränkestand oder ähnlichem hat, kann eine Bewilligung beantragen und wird diese wahrscheinlich auch erhalten. Die Votantin könnte sich vorstellen, dass der SCB unter Umständen Interesse daran hätte. Aber dann müsste der Verein das machen. Sie glaubt nicht wirklich an eine Konkurrenzierung des Kleingewerbes, sondern viel mehr daran, dass der Betreiber bei Regen und schlechtem Wetter nicht sehr zufrieden sein wird, da kaum Besucher kommen werden. Die Grünen werden den Vorstoss nicht überweisen.

*Roman Oberli, SVP* findet, es sollte nicht die Aufgabe der Gemeinde sein, das Gewerbe zu konkurrenzieren. In unmittelbarer Nähe gibt es zahlreiche Verpflegungsmöglichkeiten, wie der Baselbieter, die Migros oder auch der Suter-Begg. Wenn das Interesse tatsächlich bestehen würde, hätte man bei der Gemeinde einen Antrag stellen können und dieser wäre geprüft worden. Nach Kenntnis des Votanten war das nicht der Fall. Aus diesen Gründen wird die SVP weder eine Motion noch ein Postulat überweisen.

*Simone Abt, SP* wandelt ihre Motion in ein Postulat um, um dem Wunsch des Gemeinderats zu entsprechen.

#### ABSTIMMUNG

Überweisung Postulat: 12 JA / 25 NEIN

#### BESCHLUSS

---

://: Die Motionärin wandelt ihre Motion in ein Postulat um. Das Postulat wird nicht an den Gemeinderat überwiesen.

---

#### Traktandum 15

Nr. 36

#### **Interpellation R. Bänziger, Grüne: Meinungsumschwung des Gemeinderates bezüglich Margarethenstich?**

*Gemeinderätin Caroline Rietschi, SP* beantwortet die Interpellation wie folgt.

- *Teilt der Gesamt-Gemeinderat die von der Vernehmlassung abweichende Ansicht, dass der Margarethenstich mehr Nach- als Vorteile für Binningen habe?*

Nein, der Gemeinderat sieht durch die Realisierung der Tramverbindung Margarethenstich wie bisher mehr Vor- denn Nachteile. Im erwähnten Artikel wurde der Fokus auf die Nachteile der aktuellen Projekte Margarethenstich und Spiesshöfli – unter dem Stichwort: Störung Verkehrsfluss, zunehmende Zweiteilung durch Bahnbetrieb Linie 10/17 – gelegt.

- *Wurde die Aussage des Gemeindepräsidenten in den Medien mit dem Gemeinderat vorgängig abgesprochen?*

Nein, aufgrund der kurzfristigen Anfrage war dies nicht möglich. Der Gemeindepräsident ist zuständig für die Stadtentwicklung, welche durch die Verkehrsprojekte stark tangiert wird. Intern besteht somit eine Schnittstelle zwischen Verkehr und Stadtentwicklung. Es ging bei der Aussage des Gemeindepräsidenten gegenüber den Medien im Wesentlichen darum, die städtebaulichen Herausforderungen aufzuzeigen, um in den Verhandlungen mit dem Kanton bei der weiteren Bearbeitung und Realisierung der Projekte gute Rahmenbedingungen für Binningen zu schaffen. Diese klärenden Gespräche mit dem Kanton haben zwischenzeitlich auch stattgefunden und der Kanton (Tiefbauamt und Bahnbetreiberin BLT)

hat die Interessen Binnings für die weitere Projektabwicklung aufgenommen. Das konnte man mittlerweile auch lesen.

- *Falls diese neue Haltung vom Gesamt-Gemeinderat geteilt wird, was bewirkte diesen Meinungsumschwung?*

Es gibt keine neue Haltung zum Projekt Margarethenstich und somit auch keinen Meinungsumschwung.

- *Wie stellt sich der Gemeinderat zum Referendum?*

Der Gemeinderat spricht sich klar gegen das Referendum aus.

- *Wie gedenkt der Gemeinderat in der weiteren Planung vorzugehen, vor allem bezüglich des angekündigten Referendums?*

Es wird eine Medienmitteilung des Gemeinderates im Vorfeld der Volksabstimmung geben, dass der Gemeinderat das Projekt unterstützt.

*Rahel Bänziger, Grüne* beantragt Diskussion.

#### ABSTIMMUNG

Diskussion: 9 JA / 22 NEIN / 6 Enthaltungen

://: Es findet keine Diskussion statt.

---

*Rahel Bänziger, Grüne* weist darauf hin, sie habe um eine schriftliche Beantwortung der Fragen gebeten. Sie findet es schade, dass man sich bei einer mündlichen Beantwortung nicht vorbereiten kann. Es ist dann einfach etwas kurzfristig. Die Interpellantin ist sehr froh, dass der Gemeinderat seine Meinung nicht geändert hat seit der Vernehmlassung zum Margarethenstich. Sie kann aber nicht ganz nachvollziehen, was es für eine Aussage in diesem Artikel sein sollte bezüglich Spiesshöfli und Margarethenstich. Bei solch wichtigen ÖV-Projekten fände sie es ein ganz schlechtes Bild, wenn der Gemeinderat plötzlich eine schwankende Haltung in den Medien andeuten würde. Sie ist froh, dass es heute eine Klärung gab und dass der Gesamtgemeinderat hinter dem Projekt steht. Die Votantin hält es für ein wichtiges Projekt, das Binningen weiterbringt.

#### BESCHLUSS

---

://: Die Interpellantin ist von der Antwort des Gemeinderats nicht befriedigt.

---

#### Beantwortung der Anfragen

---

##### **Anfrage U. Brunner, SVP: Brandanschlag vom Samstag. 29.04.2017**

**51**

*Gemeinderat Daniel Nyffenegger, FDP*, kann zur eingereichten Anfrage keine weiteren Auskünfte geben. Der Gemeinderat hat das Ganze aus der Presse erfahren. Es ist Sache des Kantons, da das Spiegelfeld-Schulhaus dem Kanton gehört. Er fragt Urs Brunner, ob er seine Anfrage zurückziehen möchte.

*Urs Brunner, SVP* hat bei der Kantonspolizei in Liestal nachgefragt. Diese hat ihn an die Gemeinde verwiesen, worauf er eine Anfrage gestellt hat. Aufgrund der erhaltenen Auskünfte zieht er seine Anfrage zurück.

Gemeinderat Philippe Meerwein, SP führt aus, heute habe eine Kurzinformation mit den betroffenen Anwohnern, den Elterngruppen und der Schule stattgefunden. Der Gemeinderat wird die vorliegende Lösung morgen behandeln. Es liegt noch kein Gemeinderatsbeschluss vor, aber man steht kurz vor einer Ersatzlösung. Die Wogen in der Presse gingen relativ hoch. Das hat damit zu tun, dass die Kommunikation des Gemeinderats einen gewissen Interpretationsspielraum offen liess. Dafür entschuldigt sich der zuständige Gemeinderat. Das nächste Mal soll umfassender informiert werden.

1. *Wieso hat der Gemeinderat ohne weitere Konsultation der Schule, der Eltern (Elterngruppe) sowie der Anwohner einseitig beschlossen, die Street-Soccer-Anlage abzubauen?*

Der Gemeinderat sucht eine Ersatzlösung, da die Banden einen grossen Lärm verursachen und die Anlage seit dem Aufstellen im Frühling 2016 nur mit Softbällen bespielt werden konnte. Das wurde bereits im Januar 2017 bei einer Aussprache mit den Betroffenen thematisiert. Damals waren die Schule, die Elterngruppe und die Anwohner dabei, wie bei der heutigen Information ebenfalls.

2. *Sieht sich der Gemeinderat nicht zu einer breiter abgestützten Lösungsfindung verpflichtet, dies namentlich auch deshalb, weil die Street-Soccer-Anlage zu rund 50 Prozent von den Schulkindern selber finanziert wurde?*

Es liegt ein Vorschlag für eine Ersatzlösung vor, der diese Woche den Betroffenen vorgestellt und morgen im Gemeinderat behandelt wird. Der Gemeinderat ist demnach bereits an einer Lösungsfindung.

3. *Es gibt Schulhäuser im Kanton, die die Benutzung ihrer Freiräume / Spielplätze ausserhalb der definierten Benutzungszeiten mit einem richterlichen Verbot belegen (z.B. Gymnasium Oberwil), was laut Lehrern aufgrund der hohen Bussandrohung wirkungsvoll sei. Wieso hat der Gemeinderat nicht zu dieser schnellen, pragmatischen und kostengünstigen Lösung gegriffen, die von den Anwohnern begrüsst wurde? Was spricht dafür, was dagegen?*

Der Gemeinderat hat im Jahr 2014 beschlossen, dass alle Schulhausareale öffentlich zugänglich sind. Für die Nutzung gilt das Polizeireglement mit einer Nachtruhe von 22.00 – 6.00 Uhr. Lärmverursachende Spiele sind werktags zwischen 08.00 Uhr und 22.00 Uhr gestattet. Auslöser für den Entscheid war das Postulat «Wider die Verbotsgesellschaft» von Markus Ziegler, FDP, vom 22. September 2011. Die weiteren Entscheide werden ebenfalls auf diesem Gemeinderatsbeschluss basieren.

4. *Wieso wurde alternativ nicht zur Montage einer Abschliessvorrichtung gegriffen? Was spricht dafür, was dagegen?*

Das Lärmproblem ist durch das Abschliessen nicht gelöst. Zudem widerspricht es der bisherigen Haltung des Gemeinderats, wie in der vorherigen Antwort ausgeführt.

5. *Offenbar plant die Gemeinde in der Zwischenzeit eine Ersatzanlage, die ohne die kritisierten, lärmverursachenden Banden auskommt und somit das Lärmproblem an der Quelle löst. Wieso hat der Gemeinderat dies nicht gleich von Anfang an kommuniziert? Das hätte viel Unmut im Quartier vermieden und einen sachlichen Dialog ermöglicht.*

Die Ersatzlösung liegt leider erst jetzt vor. Die bestehende Anlage ist seit März 2017 nur während des Schulbetriebs mit Softbällen nutzbar. Dies wurde aber von den Nutzern nicht immer eingehalten.

6. *Schüler, Eltern und Lehrpersonen fordern, dass der Abbau der jetzigen Street-Soccer-Anlage erst erfolgt, wenn zeitgleich die neue Anlage montiert wird und somit kein Unterbruch bei diesem wichtigen Pausen- und Freizeitangebot erfolgt. Die Unterzeichner dieser Anfrage unterstützen diese Forderung. Ist der Gemeinderat bereit, auf diese Forderung einzugehen und damit einen Beitrag zur Beruhigung der Lage zu leisten? Ist der Gemeinderat bereit, während der Übergangszeit die Ortspolizei zu den kritischen Zeiten am betreffenden Ort präventiv Patrouillen durchführen zu lassen?*

In der Freizeit und den Schulferien darf die Anlage aufgrund der Lärmemissionen zurzeit nicht benutzt werden. Eine Übergangslösung muss noch besprochen werden. Die Gemeindepolizei ist seit dem Frühling 2016 in die Problematik involviert.

7. *Wann wird die Ersatzanlage montiert? Welche qualitativen Anforderungen erfüllt sie? Welche Voraussetzungen müssen noch erfüllt werden? Was kostet die Ersatzanlage?*

Das ist abhängig vom Entscheid, den der Gemeinderat fällen wird, von allfälligen Einsprachen zum notwendigen Baugesuch und den Lieferfristen. Die vorliegende Variante berücksichtigt das ursprüngliche Anliegen der Kinder und der Schule nach einem gesicherten Fussballfeld ohne die von den Anwohnern kritisierten knallenden Geräusche. Es ist mit Kosten von rund 15 000 Franken zu rechnen. Unter den vorgenannten Bedingungen kann von einer Realisierung bis zu den Herbstferien ausgegangen werden.

## **Anfrage R. Oberli, SVP Street-Soccer-Anlage Neusatz**

**53**

*Gemeinderat Philippe Meerwein, SP* beantwortet auch die zweite Anfrage zum Thema Street-Soccer-Anlage.

1. *Im Schreiben des Gemeinderats vom 8. Juni 2017 ist von einem „alternativen gleichwertigem Angebot“ die Rede. Wie soll dieses konkret aussehen?*

Der zuständige Gemeinderat präsentiert den Anwesenden ein Muster des Gitters, welches realisiert werden soll. Der aktuelle Vorschlag sieht ein Feld vor, welches am heutigen Standort der Anlage auf vier Seiten mit einem 2 Meter hohen Zaun aus Gittermatten und darüber einem 1 Meter hohen Nylonnetz ausgestattet wird. Das so entstehende Spielfeld verfügt über zwei Eingänge. Die Gittermatten, die 2.5 x 2 Meter messen, werden mittels Flacheisen am Pfosten befestigt und zu einer Einheit verschraubt. Zwischen Pfosten und Matte ist ein Kunststoffgeräuschdämmen aufgenietet. Der Votant weist nochmals darauf hin, dass der Gemeinderat das Geschäft in seiner morgigen Sitzung behandelt.

2. *Die Street-Soccer-Anlage soll anfangs Sommerferien abgebaut werden. Warum wird mit dem Abbau nicht gewartet, bis die angestrebte Alternative zur Verfügung steht? - Gerade in den Sommerferien ist doch ein Freizeitangebot für die Kinder wichtig.*

Die Anlage darf aktuell in der Freizeit und in den Schulferien aufgrund der Lärmemissionen durch das Spiel an die Banden nicht benutzt werden. Eine Übergangslösung muss noch besprochen werden.

3. *Was passiert mit der jetzigen Anlage? Wird sie verkauft? Wenn ja, kommt der Erlös der Alternativlösung zugute?*

Das wird noch abgeklärt und ist bisher noch nicht entschieden.

4. *Wie viel wird die gesuchte Alternative voraussichtlich kosten?*

Der aktuelle Vorschlag wird rund 15 000 Franken kosten.

5. *Was tut der Gemeinderat dafür, dass bei einer Ersatzlösung, die Anwohner, besonders zu Ruhezeiten, nicht mehr vom Lärm belästigt werden?*

Die vorliegende Ersatzlösung wurde vorgängig geprüft. Es wurde festgestellt, dass, wenn die Gittermatten fest verschraubt und keine metallischen Gegenstände daran befestigt werden (z.B. Metallschilder), durch das Ballspielen kein grösserer Lärmpegel entsteht als der Ball, der auf den Boden aufspringt. Dies wurde vor Ort getestet.

6. *Welches Handeln sieht der Gemeinderat vor, falls sich die Lärmemissionen bei einer allfälligen Ersatzlösung nicht verringern?*

Wenn die Anlage realisiert wird und es danach immer noch zu vermehrten Lärmklagen kommt, bleibt dem Gemeinderat die Möglichkeit, die Öffnungszeiten einzuschränken. Im Gegensatz zur heutigen An-

lage wird es bei der neuen Lösung möglich sein, die Anlage abzuschliessen und so z.B. nur der Schule zugänglich zu machen.

## Traktandum 16

---

### Diversa

*Einwohnerratspräsidentin Susanne Tribolet, SP* macht die Anwesenden darauf aufmerksam, dass am Samstag, 2. September 2017 tagsüber die «Usestuehlete» der IG Hauptstrasse in Binningen stattfindet. Anschliessend feiert die SP Binningen ihr 100jähriges Bestehen und lädt alle zu ihrem Fest an diesem Abend ein. Die Einladungen folgen.

*Vize-Präsident Pascal Treuthardt, FDP* darf nun Susanne Tribolet verabschieden, die den Rat durch die Sitzungen des letzten Jahres geführt hat. Sie hatte es nicht ganz einfach. Es sollte nicht unterschätzt werden, dass man es nach den Wahlen mit einem komplett neu zusammengesetzten Rat zu tun hat. Es gibt viele neue Personen, die teilweise gar keine politische Erfahrung respektive keine Erfahrung im Einwohnerrat haben, neue Mitglieder, die nicht wissen, wie man einen Ordnungsantrag stellt, und alte Mitglieder, die es ein bisschen zu wörtlich nehmen, dass man einen Ordnungsantrag überall und jederzeit stellen kann und daher nicht warten bis sie das Wort erteilt bekommen. Man hat neue Stimmzähler, die merken, dass es viel komplizierter ist von der Bühne die Stimmen auszuzählen. All das schlägt sich schlussendlich auf das Präsidium zurück und stört den Ratsbetrieb zusätzlich.

Trotzdem konnte Susanne Tribolet ihr Credo beibehalten. Sie hat sich immer bemüht, dass alles, was im Rat auf den Tisch kommen musste auch auf den Tisch kam und gesagt werden konnte. Auch wenn dies bedeutete, dass sie die Einwohnerräte und Einwohnerrätinnen häufig ihre Redezeit überschreiten liess. Das war ihr Stil. Der Vizepräsident geht davon aus, dass sich die Anwesenden spätestens im nächsten Amtsjahr an die wohlgeordneten und guten Zeiten von Susanne Tribolet zurück erinnern werden. Denn er kennt die Person, die zum neuen Präsidenten gewählt wurde. Damit bedankt er sich recht herzlich bei Susanne Tribolet.

*Präsidentin Susanne Tribolet, SP* dankt Pascal Treuthardt für seine Worte. Das Jahr ging plötzlich ziemlich schnell vorbei. Sie dankt den Anwesenden für die Unterstützung und das Vertrauen. Wer bereits das Amt des Einwohnerratspräsidenten respektive –präsidentin innehatte, weiss, dass es nicht immer einfach ist. Die Präsidentin gesteht, sie selbst könne nicht immer logisch reagieren, wenn sie exponiert oder angespannt sei. Ihr Gehirn funktioniere dann nicht mehr so, wie es funktionieren müsste oder sie bekomme auf einmal einen Knoten. Dank der konstruktiven Unterstützung des Rats konnten solche Knoten aber immer wieder gelöst werden.

Manchmal sind einem die Hände ein Stück weit gebunden, wenn man auf der Bühne sitzt. Manchmal nimmt ein Geschäft einen Verlauf, mit welchem man nicht gerechnet hat. Der Einwohnerrat ist dafür da, die Sachen auf den Tisch zu bringen und Möglichkeiten (Nachteile / Vorteile einer Variante) aufzuzeigen. Das ist die Aufgabe des Parlaments. Die Wähler wollen wissen wofür die Parlamentarier einstehen. Das heisst notgedrungen, dass es auch Wiederholungen gibt. Das wird auch so bleiben. Wenn drei Fraktionen die gleiche Meinung vertreten, dann hört man dreimal die gleichen Begründungen. Das braucht Geduld, unabhängig davon ob man ordentliches Einwohnerratsmitglied ist oder auf der Bühne sitzt. Sie hatte immerhin noch den Vizepräsidenten an ihrer Seite, der die Stoppuhr gestellt hat. Ab und zu kamen die 5 Minuten Redezeit immer näher. Manchmal hat es gerade noch gereicht. Teilweise täuscht man sich auch und denkt, das dauert jetzt aber lange. Dabei sind es erst gute 3 Minuten und das Einwohnerratsmitglied darf noch weiter sprechen. Ein anderes Mal ist es umgekehrt. Die Votantin gibt zu, sie habe einige Male Hemmungen gehabt, jemanden zu unterbrechen. Zwei, drei Mal hätte sie sicherlich mehr unterbrechen respektive intervenieren dürfen.

Vor einem Jahr hat Christoph Anliker der Präsidentin die Urkunde für den Energiepreis geschenkt. Diesen Preis hat die Gemeinde bereits vor zwei Jahren von der Ökogemeinde Binningen überreicht bekommen. Bei der Einweihung der Energie-Eiche – dem eigentlichen Geschenk – hatte sie die Idee, die Urkunde an einem für die ganze Bevölkerung einsehbaren Ort zu platzieren. Nach Rücksprache mit der Verwaltung wird die Urkunde im Eingangsbereich der Gemeindeverwaltung aufgehängt. Daher hat die Präsidentin heute leider kein Geschenk für den Vize-Präsidenten. Zum Schluss bedankt sie sich bei Linda Weick, die ihr eine grosse und kompetente Unterstützung war, und der gesamten Verwaltung, insbesondere Bernard Keller, der heute Abend stellvertretend für Christian Häfelfinger auf der Bühne Platz nahm und Ingrid Haldimann, mit der die Präsidentin ebenfalls viel zu tun hatte. Sie empfand die Zusammenarbeit als sehr angenehm. Ein grosses Dankeschön geht auch an den Gemeinderat. Damit wünscht sie allen einen schönen Abend und einen erholsamen Sommer.

*Einwohnerratspräsidentin Susanne Tribolet, SP* schliesst die Sitzung um 22.15 Uhr und lädt die Anwesenden zum Apéro ein.

Die nächste ordentliche Sitzung findet am 28. August 2017, 19.30 Uhr, statt.